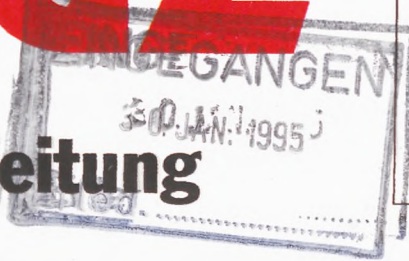


Antifaz

Antifaschistische Zeitung

51

JAN./FEB. '95
9. Jahrgang
DM 3,00



Das war der ...



... Gipfel!

Fotos aus RB

Inhalt

- 3 Editorial
- Berichte**
- 4 Essener Fesselkessel
- 8 Kurzer Prozeß mit Bauchschmerzen
- 11 Gemeinsam gegen SA-Methoden und Naziterror
- 17 Redaktionskonferenz
- 20 "Rechtsstaatlichkeit" à la Republik Türkei
- 30 Aktion Fluchtburg
- 32 Kurdische Frauendelegation bereiste Deutschland
- Dokumentation**
- 14 Offener Brief an Polizeipräsidentin von Recklinghausen
- Rezension**
- 24 "Leitheft" – Zentralorgan der Altfaschisten
- 33 **LeserInnenbriefe**
- Gedicht**
- 34 Interkulturell (N. Telek)
- 36 **Ankündigung Café RE**
- A **Material:** Graue Wölfe, Islam und türkischer Staat (Teil 1)

Eigentumsvorbehalt

Nach dem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift so lange Eigentum des Absenders, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. "Zur-Habe-Nahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der / dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur diese, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Abonnements-Bedingungen:
Einzel-Abonnement/Jahr: 27,-DM
Förder-Abonnement/ Jahr ab 30 DM
Es gilt Anzeigenpreisliste Nr. 2

Breite	Höhe	DM	Breite	Höhe	DM
5,5cm	<6cm	<60,-	5,5 cm	24 cm	120,-
5,5cm	8 - 11cm	60,-	7,7cm	24cm	150,-
10,5cm	8 - 6	75,-	16cm	12cm	150,-
7,7cm	10 - 15cm	95,-			

AntifaZ

Die AntifaZ ist eine unabhängige Zeitschrift, die alle zwei Monate erscheint. Namentlich gekennzeichnete Beiträge werden vom jeweiligen Autor verantwortet und geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

V.i.S.d.P.: W. Englisch
 Oerweg 28
 45657 Recklinghausen
 Tel.: 02361/ 26345

Redaktionsanschrift: Antifa-Zentrum
 Herner Str. 43
 45657 Recklinghausen
 Tel.: 02361/21686

Redaktionssitzungen
 donnerstags 19–20 Uhr.

Abonnenten- und Anzeigenkonto:
 BLZ: 430 500 01
 Kto.-Nr.: 334 01 027
 Stichwort: AntifaZ
 Sparkasse Bochum

Auflage: 1000
 Druck: LUPEN DRUCK Duisburg

Editorial

Mit etwas Verzögerung haltet Ihr die erste Ausgabe 1995 der AntifaZ in Händen. Sie entstand unter einigen Schwierigkeiten und ist das erste Produkt nach einer grundsätzlichen Debatte über unsere weitere Arbeit Mitte Dezember. Siehe dazu den Bericht über die Redaktionskonferenz der AntifaZ.

Gegen Ende des Jahres 1994 präsentierte sich das "europäische" Deutschland einmal mehr mit seinem Polizeistaatspotential. Auf der Titelseite dieser Ausgabe haben wir Euch an Hand der beiden Fotos eine kleine "Denksport"aufgabe gestellt. Wer richtig aufzeigen kann, was hier miteinander verglichen wird, kann ein Jahresgratisabonnement der AntifaZ gewinnen (Einsendeschluß: 25. Februar). Zum letzten EU-Gipfel unser Bericht "Essener Fesselkessel".

Ganz "europäisch" (im Sinne der "Festung Europa") ist der Ende November gefaßte Beschluß der deutschen Innenminister, Flüchtlinge in Gebiete von Krieg und politischer Verfolgung abzuschicken (gemeint sind vor allem Nordkurdistan und Bosnien sowie Serbien). Damit wird die Konsequenz aus der weitgehenden Abschaffung des Menschenrechts auf Asyl gezogen. Wir sind der Meinung, daß Menschenrechte höher zu bewerten sind als staatliche Gesetze und Verordnungen. In dem Bericht über die vom Antifaschistischen Bund (AFB) gestartete Initiative "Aktion Fluchtbürg" wird die bisherige Resonanz darauf dargestellt.

Nicht nur geistige Nähe drückt sich in einer Kooperation zwischen Faschisten und Polizei aus, wie sie sich am Beispiel Hertens aufzeigen läßt. Dort sieht sich das neugebildete Aktionsbündnis gegen Neofaschismus damit konfrontiert (vgl. den Bericht "Gemeinsam gegen SA-Methoden und Naziterror" sowie den Offenen Brief an die Polizeipräsidentin des Kreises Recklinghausen). Daß bereits seit Jahren die Nazis unangefochten mit großem demagogischen Geschick die geistigen Grundlagen eines "wiederherzustellenden" Deutschen Reiches durch Überwindung des "Provisoriums" BRD verbreiten, wird an Hand des in Marl herausgegebenen LEITHEFT aufgezeigt. Daß deren Verfasser offenbar begründete Hoffnung auf personelle Verstärkung durch den "We(h)rwolf" der SED hegen können, sagt auch etwas über den "antifaschistischen" Charakter der ehemaligen DDR aus.

Nach dem Geächze in den Verfahren zu den Brandstiftungen in Mölln, Solingen usw. dokumentierte der Kaindl-Prozeß in Berlin auf beeindruckende Weise die "Neutralität" der deutschen Justiz zwischen Faschismus und Antifaschismus. Der Bericht aus HERZSCHLÄGE setzt sich kritisch/selbstkritisch mit dem Verfahrensverlauf auseinander.

Zwei Prozesse des Staatsschutzgerichts Ankara haben auch in Deutschland Rückwirkungen. Dazu mehr in dem Artikel "Rechtsstaatlichkeit"à la Republik Türkei".

Die "gelben" Seiten sind diesmal wieder dem Thema "Graue Wölfe" gewidmet. Hier werden historische und politische Hintergründe für das Erstarken von Faschismus und Klerikal-faschismus in der Türkei und die Auswirkungen auf Migrantinnen und Migranten in Deutschland dokumentiert.

Gerade noch geschafft haben wir einen Bericht zur Veranstaltungsreihe von Terre des Femmes mit Frauen aus Kurdistan. Auf der Strecke blieb dagegen ein Bericht über eine gemeinsame Veranstaltung von Menschen aus Kosova und Nordkurdistan in Lünen. Für die Nr. 52 bereiten wir einen Artikel über die auf Einschüchterung zielenden Umtriebe der Anti-Antifa vor und wären für Zusendungen dazu dankbar.

Im Namen der AntifaZ-Redaktion

KD



ESSENER FESSELKESSEL

Am 9. und 10. Dezember 1994 trafen sich die 12 Regierungschefs der Europäischen Union (EU) zu einem ihrer in Halbjahresabstand tagenden Gipfeltreffen. Der Stadt Essen war nach redlichem Bemühen seitens des NRW-Landes"vaters" Rau die "Ehre" zuteil geworden, diesen unter deutschem Vorsitz tagenden EU-Gipfel mit einem kostspieligen Begleitprogramm und entsprechendem Tamtam in der Öffentlichkeit auszutragen.

Der EU-Gipfel in Essen

Themen, die diesmal auf der Tagesordnung standen, waren die Förderung des europäischen Arbeitsmarktes, sprich: Vereinheitlichung der Grundlagen zur Senkung von Lohnkosten und Sozialleistungen und weiteren Beschneidung von seitens der Arbeitenden in jahrzehntelangen Arbeitskämpfen erworbenen sozialen Standards, und die Aufnahme dreier weiterer Staaten in die EU, und zwar Österreichs, Finnlands und Schwedens. Auch über einen künftigen Beitritt ehemals zum RGW

gehöriger Staaten sollte eine einheitliche Vorgehensweise erarbeitet werden. In Tschechien beispielsweise kostet in einigen Branchen die Arbeitskraft gerade mal ein Zehntel dessen, was in Deutschland für sie verausgabt werden muß. In Polen kann man es sich schenken, großartige Investitionen in den Umweltschutz vorzunehmen. Die Region Buthen/Kattowitz/Krakau gilt als die am stärksten umweltbelastete Region der Welt. Das macht diese Länder und deren vom IWF diktierte Regelungen des Arbeits- und Soziallebens natürlich für

das Europa der Konzerne hoch attraktiv.

Mit Norwegen, dessen Aufnahme ebenfalls für Ende 1994 anvisiert war, hat das Timing nicht so recht geklappt. Trotz etlicher seitens der Regierung unter der sozialdemokratischen Ministerpräsidentin Gro Harlem Brundtland (Arbeiterpartei) inszenierter Erpressungsmänöver hatte die norwegische Bevölkerung zum Bedauern von Kohl (vielleicht will er ja mal Präsident dieses erlauchten Vereins werden) in einem Referendum zum Beitritt deutlich mit Nein gestimmt.

Das "Recht" des deutschen Volkes

Das deutsche Volk wird erst gar nicht gefragt. So etwas wie ein Referendum ist hier nicht vorgesehen. Da sei das Grundgesetz vor, in dem man seinerzeit wohlbedacht Volksabstimmungen als Möglichkeiten demokratischer Willensbildung ausgespart hatte. Denn in der Weimarer Republik - so habe ich noch auf der Schule gelernt - war ein solches Mittel mißbraucht worden. In der Tat hatte die Weimarer Verfassung dieses Instrument noch vorgesehen, aber offenbar war der Schreck der einzigen Volksabstimmung, die bis zur "Machtergreifung" Hitlers durchgeführt worden war, den Nachkriegs"demokraten" in alle Glieder gefahren: die (keineswegs entschädigungslose) Enteignung der ehemaligen Fürsten des Kaiserreiches. Das Nazireich setzte zwar die Weimarer Verfassung offiziell nie außer Kraft, machte aber mit solch störenden Elementen, soweit sie nicht für die "germanische Demokratie" der braunen Mafia funktionalisierbar waren, auf rabiate Weise Schluß. 1945 nutzte man die "Kollektivschuld des deutschen Volkes" zur Begründung für seine mangelnde Reife, seine Geschicke in die eigenen Hände zu nehmen. Und auf diesem windigen Fundament baut auch die Regierung Kohl ihren Teil am "gemeinsamen Haus Europa". Der "deutsche Michel" darf bis heute nicht einmal

demonstrativ eine den Regierenden unerwünschte Meinung dazu artikulieren, zumindest nicht vor den Augen ihrer in den Grugahallen tagenden Gäste. Ein Aufgebot von über 8.000 Mann Bereitschaftspolizei und Bundesgrenzschutz sollte dafür sorgen, daß während der Tagung niemand in Essen "nach den Sternen griff". Schon wer zum Essener Hauptbahnhof herauskam, mußte damit rechnen, daß seine Personalien kontrolliert wurden und ihm ein Begehen der Essener Innenstadt untersagt wurde. Zumindest wenn er/sie nach einem/einer potentiellen Demonstrierenden aussah. Auch der Autoverkehr war vor der künstlichen Produktion entsprechender Staus nicht sicher. All das sollte angeblich der Sicherheit der Gäste dienen, zu diesem Zweck wurde offenbar bereits der (rund 6 km vom Tagungsort entfernt liegende) Innenstadtbereich, in dem sich ansonsten neben den stationären Geschäften der Einkaufszone etliche Weihnachtsmarkbuden tummelten, als Gefährdungsgebiet betrachtet.

"Gegengipfel" in der Zeche Carl

Der in der Zeche Carl (Essen-Altenessen) unter dem Motto "Greifen wir gemeinsam nach den Sternen" tagende "Gegengipfel", zu dem ein breites Spektrum demokratischer Kräfte (Bündnis 90/ Die Grünen, Öko-Linke, PDS, DKP-Partei Vorstand, SDAJ, Volksfront NRW, VVN Aachen,

BUND-Jugend NRW, Stuttgarter Arbeitskreis gegen Rassismus, Antifaschistisches Forum Essen, Alternative Liste/Antifaschistisches Bündnis Köln, Karlsruher Arbeitskreis Internationalismus, BUKO-Agrokoordination, AStA Uni Köln, AStA Uni Dortmund, AStA PH Köln, Kurdistan-Informationsbüro Köln/Bonn usw.) aufgerufen hatten bzw. dem sie ihre Unterstützung zugesagt hatten, hatte für Samstag (10.12.94) zu einer bundesweiten Gegendemonstration von der Essener Innenstadt in Richtung Gruga aufgerufen. Die Auftaktkundgebung sollte zwischen 12 und 13 Uhr auf dem Willi-Brandt-Platz (vor dem Hauptbahnhof) stattfinden. Die Abschlußkundgebung war für 15 bis 16 Uhr angesetzt.

Diese schon seit längerem angekündigte Demonstration war von den Vertretern des "Rechtsstaates" erst in der Woche, in der sie stattfinden sollte, kurz und zackig verboten worden. Begründung: Gefährdung der Gäste. Das in solchen Fällen übliche Tauziehen durch die einzelnen Verwaltungsgerichtsinstanzen war folglich bis zum Tage der Demonstration nicht beendet. Auch wenn von der "Gegengipfel"-Aufaktveranstaltung (von Oliver Tolmein moderierte Podiumsdiskussion zwischen Jutta Ditzfurth, Claudia Roth und Winfried Wolf) am Freitagabend aus wegen des schwebenden Verfahrens nicht zur Demonstration aufgerufen wurde, kamen doch

etliche tausend Leute aus allen Teilen Deutschlands angereist.

Hatz auf Demonstrierende und Passanten

Schon vor dem Hauptbahnhof wurde durch verummte und mit Schilden bewehrte Polizeieinheiten eine Gruppe von rund 150 Demonstrierenden rund zwei Stunden lang eingekesselt und dann in Gefangenenwagen abtransportiert. Ähnliches wiederholte sich weiter nördlich auf der Schützenbahn gegenüber dem Reiterstandbild von Kaiser Wilhelm I., das nach wie vor ein Wahrzeichen der Essener Innenstadt bildet; dort wurde eine Gruppe von rund 800 Leuten mehrere Stunden lang eingekesselt (selbst seine Notdurft durfte niemand verrichten) und dann der Reihe nach an den Händen mit Plastikfesseln gefesselt und in die später auffahrenden Gefangenentransporter gepackt. Die Polizei hatte zwar kurz zuvor das Gelände für Einkaufende zum Sperrgebiet erklärt, aber natürlich waren auch etliche Kunden der anliegenden Geschäfte unter denen, die bis zu einhalb Tage lang zwecks erkennungsdienstlicher Behandlung ihrer Freiheit beraubt wurden, ohne sich mit Angehörigen oder Anwälten verständigen zu dürfen. Weitere Einkreisungsversuche seitens der Polizei mißblagen, weil sich die Demonstrierenden rechtzeitig zurückzogen. Auch einer Gruppe von etwa 40 bereits Festgenommenen, die zwar zum

Einsteigen in einen Gefangenentransporter genötigt, aber nicht gefesselt worden waren, gelang es, ihren Bewachern vor der Feststellung ihrer Personalien zu entkommen.

Ausbeute der Ermittler diesmal: rund tausend Festgenommene. Rund 700 von ihnen sollen jetzt einen Bußgeldbescheid von bis zu 1000 DM wegen Teilnahme an einer verbotenen Demonstration erhalten. Das Verbot war zum Zeitpunkt der Demonstration, als die erste Einkesselung bereits stattfand, durch das Bundesverwaltungsgericht ergangen.

Echo auf Polizeistaatsmanöver

Ältere Beteiligte können sich an die Zeiten der Demonstration gegen den Besuch des damaligen sowjetischen Staatschefs Breshnjew in Dortmund erinnern, wo 1973 rund tausend Demonstrierende bis zu einem Tag lang im Sonnenbunker "verwahrt" und später noch jahrelang mit Strafverfahren belästigt wurden.

Waren in Dortmund die "Chaoten" vor allem in den sogenannten K-Gruppen organisierte Kommunisten gewesen, so wurden in Essen gezielt Autonome und kurdisch aussehende Demonstrierende umkesselt. Zwar benahmen sie sich nicht anders als andere Demonstrierende auch, zeigten Transparenz vor allem gegen die sich gegen Flüchtlinge aus

den Elends- und Kriegsgebieten dieser Erde abschottende "Festung Europa", aber den Ordnungskräften kam es darauf an, die ganze Demonstration als ein Werk von "Chaoten", "politisch Gescheiterten" und "Terroristen" in Erscheinung treten zu lassen. In den Medien konnte man hinterher erfahren, daß es sich um Autonome, PDS- und PKK-Anhänger gehandelt habe, also drei politische Gruppierungen, die bereits seit längerem in der Öffentlichkeit immer wieder madig gemacht werden und zu denen folglich ein "ordentlicher Mensch" nicht gehören kann. Kanzler Kohl kanzelte sie allesamt als Antieuropäer ab.

Die der PKK nahestehenden Organisationen hatten an diesem Tag nicht in Essen demonstriert, sondern in Köln, wo sie seit über einem Jahr erstmals wieder friedlich und ungestört demonstrieren konnten, da ja die Kölner Polizei in Essen im Einsatz war; und auch die PDS war vor allem in Berlin auf den Straßen, um anlässlich der Abschmetterung des Versuchs, sie finanziell zu ruinieren, zu demonstrieren. Blieb als zahlenmäßig relativ starke Gruppe nur noch die der Autonomen übrig; angesichts der offensichtlich gegen sie gerichteten Einkesselungsmanöver von Polizei und Bundesgrenzschutz (aus ganz Nordrhein-Westfalen) dürften in ihren Reihen für künftige Demonstrationen sicher neue, flexiblere Taktiken erwogen werden, als sie



in Essen angewandt wurden, wo man sich als geschlossener Pulk dem Feind entgegenstellte. Wer sich noch an Zeiten der Studentenbewegung der 60er Jahre erinnert, wo durch Bilden von beweglichen Gesprächsgruppen mit Passanten eine beträchtliche Wirkung erzielt werden konnte. Solche Überlegungen wären zumindest wünschenswert.

Ansicht eines Ostdeutschen

Ich sprach unter anderem mit einem bildenden Künstler aus Leipzig, der sagte, er habe zum Kreis derjenigen gehört, die die Montags-

demonstrationen unter dem Motto "Wir sind das Volk!" organisiert haben (jetzt unterstützt er die PDS); er zeigte sich äußerst erregt über das martialische Auftreten der Polizeikräfte und deren Vermummung. Die Polizei und Stasi seien gegen das, was hier in Westdeutschland ablaufe, die reinsten Waisenknaben gewesen. Während man in der DDR noch mit dem Hinweis, daß man das Volk darstelle, Eindruck machen konnte, gehe die Staatsgewalt hier einfach über das Volk hinweg, als ob es gar nicht existiere. Die BRD habe sich auch in der DDR eingemischt, ohne sich

um das Volk dort zu scheren, und dabei mit lügenhaften Versprechungen zunächst leider viele einlullen können. Er verwies dabei auf den Weihnachtsrummel um uns herum, mit dem den Leuten teilweise das letzte Geld aus den Taschen gezogen wird. Sie ließen sich entmündigen, ohne überhaupt zu wissen, was Freiheit heißt. Freiheit stellte er sich ganz anders vor, nämlich als eine Position, in der der Staatsbürger gegenüber dem Staat auch was zu sagen hat.

Davon kann man angesichts der höflichen Aufforderung, sich friedlich die Hände fesseln zu lassen, überhaupt nichts entdecken. Das war ein symbolischer Akt der Knebelung des Volkes.

Wer das polizeiliche Bürgerkriegsmanöver angezettelt hatte, blieb öffentlich im Nebel. Alles deutet aber darauf hin, daß diesmal der NRW-Innenminister Schnoor dem Bundesinnenminister Kantscher die Drecksarbeit abgenommen hat. Rücktritt? Doch nicht in Deutschland, dem Regenmärchen!



KURZER PROZESS MIT BAUCHSCHMERZEN

*Prozeß gegen Berliner AntifaschistInnen beendet
Vier noch immer auf der Flucht*

Die Urteile für alle in diesem Prozeß Beteiligten sind gesprochen. Drei Jahre Knast gegen Seyho, Carlo und Mehmet wegen Körperverletzung mit Todesfolge und Beteiligung an einer Schlägerei. Gegen Fatma 15 Monate Jugendstrafe auf Bewährung wegen "psychischer und physischer Beihilfe" (!). Gegen Bazdin zwei Jahre Jugendstrafe, eins ist abgesessen, das zweite auf Bewährung. Der Unterbringungsbeschluß gegen Erkan ist aufgehoben, er soll aber weiterhin in ärztlicher Behandlung bleiben. Abidin wurde freigesprochen, erhielt aber nur für die Hälfte seiner U-Haft eine Haftenschädigung.

Diesen Urteilen liegt ein Deal zwischen Staatsanwaltschaft, Gericht und AnwältInnen zugrunde. So konnte, wie die Richterin es nannte, "kurzer Prozeß" gemacht werden.

Die Anklage hatte einen schweren Schlag erhalten, da die Aussagen der beiden Hauptbelastungszeugen im wesentlichen nicht mehr zur Verfügung standen: Erkans Aussagen beim Staatsschutz wurden nicht verwertet, und Bazdin stellte viele seiner früheren Belastungen vor Gericht anders dar.

In ihren Einlassungen hatten die Angeklagten ein anderes Bild von der Aktion gezeichnet als das der Staatsanwaltschaft. Als die Anklage dann Gleichgewichtsstörungen bekam, sollte Bredlow (Staatsschutzbeamter, der die ersten Verhöre vorgenommen hatte) sie wenigstens als Zeuge noch retten. Er aber brachte sie vollends ins Wanken. Er hatte die Verhöre von Erkan und Bazdin geführt, die zur Grundlage der Anklage gemacht worden waren. Dieser Versuch ging baden, fast alle goldenen Brücken, die ihm die Staatsanwaltschaft baute, verfehlte er. Bredlow bestätigte alle Vorurteile, die über den Staatsschutz existieren. Ob die Beschuldigten über ihre Rechte aufgeklärt worden waren, blieb fraglich. Er konnte die Vernehmungen von Erkan und Bazdin nicht auseinanderhalten, und die Protokollierung der Aussagen hatte nicht den Vorschriften entsprechend stattgefunden. Er

benannte es im Prozeß: Im Protokoll stünden überwiegend ihre (der Sonderkommission Kaindl), teilweise Bazdins Worte. Sicherlich sei auch wörtlich protokolliert worden, er wisse nur nicht, wo.

Solch ein Vorgehen ist uns nichts Neues, die Richterin aber war sichtlich empört darüber, daß ihr durch solcherart "unprofessionelles" Vorgehen der Prozeß zu platzen drohte.

In dieser Situation bot sich die Möglichkeit für den Deal. Er beinhaltete, daß die Staatschützer und die als Zeugen geladenen FaschistInnen nicht durch die AnwältInnen verhört wurden, daß die Gefangenen nach dem Urteil sofort rauskämen, und das schon genannte Strafmaß bzw. einen Strafantritt im Freigängerknast für diejenigen, die nicht auf Bewährung verurteilt wurden.

Mittlerweile kann mensch öfter Stimmen hören, die sagen, es hätte mehr herausgeholt werden können, eine Schweigestrategie aller Angeklagten hätte eine Verurteilung unmöglich gemacht, da sie nur aufgrund der eigenen Einlassungen verurteilt wurden.

Deshalb sei an die Situation vor Prozeßbeginn erinnert, die Einlassungen nötig gemacht hatte. Ohne Einlassungen zur Sache hätte nur die Staatsschutzversion der Aktion am 3.4.92 im Raum gestanden. Diese Version hatte zur Anklage wegen gemeinschaftlichen Mordes und sechsfachen Mordversuchs

geführt. Es war auch zu Beginn des Prozesses noch unklar, wie Bazdin sich verhalten würde. Er hat dann nur in Konfrontation mit den Einlassungen der anderen seine polizeilichen Aussagen "widerrufen". Für diese Situation war es auch notwendig, ihn nicht vorher öffentlich als Verräter zu bezeichnen, das hätte dieses "Widerrufen" unmöglich gemacht. Die Methoden des Staatsschutzes in den Ermittlungen, die Manipulationen der Aussagen von Bazdin und Erkan wurden so auch vor Gericht deutlich, anders, als wenn Bazdin diese Aussagen alle wiederholt hätte.

Die Frage, warum diese Art der Einlassungen gewählt wurde, ist dadurch aber nicht beantwortet. Es gab unter den Gefangenen auch keine gemeinsame Diskussion und keine Vorbereitung dazu. Es hätte nach der grundsätzlichen Entscheidung, sich einzulassen, mehrere Möglichkeiten gegeben. Das "gewählte" freie Frage- und Antwort-Verfahren ist sehr schwierig zu kontrollieren, die Gefahr, Fehler zu machen, wenn sofort auf die Frage geantwortet wird, ist sehr groß. Warum wurde nicht öfter mit den Anwälten gesprochen, bevor geantwortet wurde? Natürlich, je lockerer auf jede Frage sofort eine "ehrliche" Antwort kommt, desto glaubwürdiger sind die Aussagen fürs Gericht. Aber wäre es für die Sicherheit nicht besser gewesen, sich mehr Zeit zu lassen und damit bestimmte Fehler zu vermeiden?

Das öffentliche - auch internationale - Interesse an diesem Verfahren, an der Offenlegung der Manipulationen des Staatsschutzes, hat die Grundlage geschaffen, auf der es eine "Dealmöglichkeit" für die AnwältInnen gab. Auf den Ausgang dieser "Verhandlungen" gab es allerdings von außen keine Einflußmöglichkeit.

Die Richterin erweckte mit der zweiwöchigen Aussetzung der Vernehmung Bredlows den Eindruck, er werde aufgefordert, sich doch besser vorzubereiten, und vermittelte dadurch ihr Interesse am Zustandekommen dieses Deals.

Aus der Prozeßlogik heraus mußte auch das Verfahren gegen Abidin an dieser Stelle abgetrennt werden, da weder er noch sein Anwalt an den Deal gebunden waren. Sein Versuch, im abgetrennten Verfahren noch etwas

zu den Methoden des Staatsschutzes zu sagen, blieb weitgehend unbeachtet.

Das war im wesentlichen die Situation, die zur Annahme des Deals geführt hatte. Natürlich wird weiter überlegt, wie sich das Ergebnis geändert hätte, wenn es keinen Deal gegeben hätte, oder ob es so geblieben wäre. Beide Seiten hätten natürlich weitere Handlungsmöglichkeiten gehabt und hatten sie auch angekündigt. Die AnwältInnen hätten über das öffentliche Interesse Druck auf das Gericht ausüben können. Das Interesse auch an den Manipulationen des Staatsschutzes, an seiner Zusammenarbeit mit den Faschisten, war auch beim humanistischen Spektrum groß. Der Skandal hätte auf internationaler Ebene sichtbar gemacht werden können, das Ansehen der deutschen Justiz und Polizei im Ausland ist sowieso nicht das beste, die "Rechtslastigkeit" wäre wieder mal erwiesen worden. Die Richterin, die "ihren" Prozeß "anständig" zu Ende bringen wollte,

Grauzone

Café und Kneipe

Oerweg 53, 45657 Recklinghausen
Tel.: 02361 - 27504

Mo. - Sa. ab 19.00U hr

So. ab 10.00U hr

Jeden Sonntag großes
von 10.00 bis 14.00U hr

Frühstücksbüffet

- 21.1. Cocktail-Party
- 28.1. FALSCHER FREUNDE
Heavy Metal
- 3.2. GREEN HILL
Psychodelic
- 18.2. RE-Unplugged
- 25.2. APRICOT-BRIXYS
Karnevalsparty

wäre spätestens bei der Befragung der Faschisten und des Staatsschutzes zu Willkürmaßnahmen gezwungen gewesen, um weiterhin die politische Dimension dieses Verfahrens ausblenden zu können. Aber wie lange das öffentliche Interesse noch hätte wachgehalten werden können, ist nicht sicher. Es bestand die Gefahr, daß die öffentliche Stimmung kippen könnte, angesichts der ZeugInnenvernehmung von Nazis und RestaurantbesucherInnen. Möglicherweise wäre ihr Augenmerk mehr auf den toten Kaindl als auf die Machenschaften des Staatsschutzes gerichtet gewesen. Tagespresse braucht aktuelle Neuigkeiten, allein die Informationsweitergabe von sogenannten Ermittlungsergebnissen an die "Deutsche Liga für Volk und Heimat" und die illegalen Ermittlungsmethoden des Staatsschutzes hätten nicht wochenlang die Presse bestimmen können.

Die Justiz hätte ebenfalls weitere Druckmöglichkeiten gehabt: Die Abtrennung einzelner Verfahren, in denen die anderen "ehemals" Angeklagten als ZeugInnen geladen worden wären, oder allgemein schärfere Verhöre. Natürlich hätte auch die ausführliche Befragung der Faschisten und Staatsschützer blockiert werden können mit "Frage unzulässig" oder "tut nichts zur Sache".

Auch über das mögliche Ergebnis kann es Spekulationen geben. Vielleicht wäre es auch ohne Deal zu diesen Strafen gekommen, dann aber mit einem längeren Prozeß und ohne die Zusage von Freigängerknast und ohne die etwa drei Monate Pause vom Knast, die die Verurteilten jetzt haben. Vielleicht wären die Urteile auch noch härter ausgefallen, weil Gericht und Staatsanwaltschaft in der Öffentlichkeit bloßgestellt worden wären. Vielleicht hätte man auch mehr rausholen können, z.B. keine Verurteilung wegen Körperverletzung mit Todesfolge und Freispruch auch für Fatma.

Dafür hätten die Angeklagten und AnwältInnen sich einig sein müssen und stark genug, auch möglicherweise härtere Urteile tragen zu können. Es war kein Deal auf gleichberechtigter Ebene, die Justiz hatte viele Möglichkeiten zur Erpressung. Wahrscheinlich wäre es besser gewesen, sich für die Entscheidung mehr Zeit zu nehmen, genauer und

gemeinsam zu überlegen, was jede/r kann und verträgt und was flöten gehen kann. Aber die Entscheidung ist nachvollziehbar. Wenn jemand sich unter diesen Umständen nicht dem Risiko aussetzen mochte, die verschiedenen Varianten durchzuprobieren, kann das nicht verurteilt werden.

Ausblick: In ihrer Urteilsbegründung hat die Richterin versucht, einen angeblichen Täter festzuschreiben. Darin liegt der wesentliche Nachteil dieses Deals. Das Gericht wollte einen "Täter" haben. Die Verteidigung zielte darauf, daß keiner/m der Angeklagten eine Beteiligung nachgewiesen werden konnte. Das ging ihrer Meinung nach offensichtlich nur, indem vor Gericht deutlich gemacht wurde, daß einer der "Unsichtbaren" für Kaindls Tod verantwortlich sei. Die Richterin und die Staatsanwältin haben auch einen Namen genannt. Diese Vorverurteilung war der Anklagevertretung wichtig, und sie hat sie leider auch bekommen. Das ist für uns der am schwersten verdauliche Punkt in diesem Verfahren. Denn gerade nach dem Ergebnis dieses Prozesses ist es absurd, daß weiter wegen "Mord" gefahndet wird. Die Situation im Lokal ist deutlich als heftige Auseinandersetzung beschrieben worden. Wenigstens einer der Faschisten hatte vermutlich eine Schusswaffe, von der man sich durchaus tödlich bedroht fühlen und entsprechend reagieren konnte. Es gab auch drei Aussagen, wonach Schußgeräusche zu hören waren, bevor die Scheibe klirrend zersprang. Daß die Richterin weiterhin das Bild eines "Täterexzesses", wo jemand gewalttätig und brutal gehandelt hat, aufrecht erhalten hat, obwohl im Prozeß deutlich geworden war, daß es eine Bedrohungssituation durch die Faschisten gegeben hatte, spricht für sich. Es ist in der Öffentlichkeit deutlich geworden, daß der Tod Kaindls alles andere als das Ergebnis eines kaltblütigen Mordes gewesen ist.

Alle Haftbefehle müssen aufgehoben werden. Weg mit dem Mordvorwurf!

(in: "**Herzschläge**", Zeitung gegen die Kriminalisierung von AntifaschistInnen, Nr. 5, Berlin, Dezember 1994; sprachlich leicht überarbeitete Fassung)

GEMEINSAM GEGEN SA-METHODEN UND NAZITERROR

"Aktionsbündnis gegen Neofaschismus" in Herten gegründet

Wieder kriechen sie aus ihren Löchern, überziehen Herten mit faschistischen und volksverhetzenden Parolen, Mitglieder der neofaschistischen DEUTSCHEN LISTE (DL) patrouillieren nachts durch die Straßen, verfolgen Bürger.

Marschieren die Enkel der SA wieder durch Herten ?

Zur Kommunalwahl '94 war die DEUTSCHE LISTE in Herten zugelassen worden. Mit volksverhetzenden Parolen wie "Asylbetrug stoppen", "Gegen Multikulti in

Kommunalwahl von den Parteien keinerlei Steine in den Weg gelegt wurden, steht der wegen eines vorgetäuschten Bombenanschlags auf eine jüdische Synagoge vorbe-

Rechte "Patrouillen" gegen Hertener Bürger

Bürger, die in ungeplanten und spontanen Aktionen die faschistischen Plakate übersprühten oder von den öffentlichen Wahlwerbewänden entfernten, wurden von Patrouillen der Deutschen Liste festgenommen, fotografiert, angezeigt oder direkt der Polizei übergeben.

Diese Patrouillen wurden von der DL in einzelnen Trupps von jeweils drei bis vier Leuten durchgeführt, die von Truppführern wie Reber oder anderen geleitet wurden. Ausgerüstet mit mobilen Telefonen fuhren sie oft mit einem PKW durch die Gegend, der durch grün-weißen Anstrich schon äußerlich einem Polizeifahrzeug ähnelte. (Nach der Wahl wurde er übrigens umgespritzt.)

Dieses Auftreten ist kein Zufall, sondern hat Methode, nämlich SA-Methode. Reber arbeitet seit Jahren eng mit dem "FAP Beauftragten für den Kreis Recklinghausen", Dieter Riefling, zusammen. Riefling organisiert mit



F. Reber trifft die Reckl. Alfascisten R. Plewka und J. Glasel (1985)

Herten" waren die Neofaschisten in Herten angetreten und versuchten den Einzug in den Rat der Stadt.

An der Spitze dieser faschistischen Vereinigung, der bei der Zulassung zur

strafte und in der faschistischen Szene nicht unbekannt. Frank Reber. Auch in leitender Funktion bei der DL und Listenkandidat für den Stadtrat (Reserveliste Nummer 1) ist der Hertener Postbeamte Härtmut Grudke

seinem Bruder den Aufbau einer "Anti-Antifa" für den Kreis Recklinghausen. Es bestehen enge Kontakte zu den Faschisten in Gelsenkirchen-Buer und in Dortmund. Die DL wiederum ist keine örtliche Hertener Gruppe, sondern versucht bundesweit Fuß zu fassen (die derzeitige Organisationszentrale befindet sich in Lübbenau).

Riefing hat offensichtlich seit langem Kontakte zu Leuten in der Recklinghäuser Polizei, anders ist sein dreistes Auftreten in vielen Situationen nicht erklärbar: Das Schema solchen Auftretens nach SA-Manier ist immer gleich: Die Faschisten nehmen sich das Recht unmittelbarer exekutiver Gewalt heraus, kommandieren die ("zu schlappe") Polizei, versuchen den jeweiligen Polizeieinsatzleitern Anweisungen zu geben, versuchen zumindest mit diesen "von gleich zu gleich" zu verhan-

deln. Praktiziert wird diese Methode seit langem mit Erfolg, vorexerziert vom (verblichenen) Michael Kühnen, mit Erfolg nachgemacht von seinen zahlreichen Nachfolgern von Worch über Brehl, Weidemann und eben auch solch lokalen Witzfiguren wie Riefing und Reber.

(Die AntifaZ wird in der kommenden Ausgabe etwas ausführlicher zu den aktuellen Fascho-Strukturen im Kreis RE berichten).

Staatsschutz kriminalisiert Antifaschisten

Von der DL, deren Umtriebe und leitende Personen der Polizei selbstverständlich bekannt sind, wegen Sachbeschädigung angezeigt, ermittelt die Recklinghäuser Abteilung des Staatsschutzes gegen Antifaschisten. Trotz der Geringfügigkeit der angerichteten Schäden (ein Plakat kostet ca. 50 Pfennig) wurden "Verdächtige" erkennungsdienstlich behandelt (Fingerabdrücke wurden genommen).

Die politische Polizei setzte einen aufwendigen Mechanismus in Gang, bestellte die Angzeigten z.T. telefonisch ins Recklinghäuser Polizeipräsidium, befragte die Leute nach Kontakten, antifaschistischen Organisationen in Herten usw.

Die formaljuristische Begründung für die erkennungsdienstlichen Maßnahmen, bei den Delikten handele es sich um Straftaten, ist nicht haltbar: Die "Sachbeschädigung" an einem Plakat mit faschistischen Inhalten ist

nicht gleichzusetzen mit einem schweren Einbruch oder einer Körperverletzung. Formal gesehen, ist Sachbeschädigung auch eine "Straftat", aber es ist eine Frage der politischen Beurteilung, ob Leute erkennungsdienstlich behandelt werden, die ein Plakat "beschädigt" haben. Verhältnismäßigkeit der Mittel?

Nun, wie das von der Polizei betrachtet wird, zeigt sich schon daran, daß die Ermittlungen von Anfang an vom 2. Kommissariat (Staatsschutz) angestellt worden sind.

Und ist es ein Zufall, wenn die Polizei mit vier (!) Streifenwagen ausrückt, um einen von der DL festgehaltenen "Sachbeschädiger" festzunehmen?

Statt gegen die ideologischen Wegbereiter rassistischer und faschistischer Anschläge vorzugehen, wird versucht, Demokraten und Antifaschisten zu kriminalisieren - aber das wird ihnen nicht gelingen!

Die braunen Netzwerke arbeiten weiter

Die nach den Brandanschlägen, welche nach wie vor fast jeden Tag irgendwo in diesem Land verübt werden, von den Politikern angekündigten Konsequenzen zur Verbesserung der Situation der Menschen anderer Nationalität und zur Bekämpfung des Faschismus lassen auf sich warten. Es gibt zwar ein paar Verbote faschistischer Organisationen (aktuelles Beispiel ist die Wiking-Jugend, die allerdings seit

KUCHE AUS 1001 NACHT GENIEßEN

KOKILLE



Original türkische Küche

Bochum, Südring 24
Tel. 66611
geöffnet
Montags bis Sonntags
18.00 Uhr bis 3.00 Uhr
nachts

Jahrzehnten faschistisches Gedankengut verbreiten durfte), doch Nachfolgeorganisationen arbeiten mit ihren braunen Netzwerken weiter.

Keine legale Basis für Faschisten!

Gerade auch wegen der Geschichte Deutschlands dürfen wir nicht schweigen: Den Faschisten darf keine legale Basis für ihre menschenverachtende Politik gegeben werden, angefangen bei Postwurfsendungen über die Benutzung öffentlicher Plakate bis hin zur Ausstrahlung faschistischen Gedankenguts in den Medien. Die Faschisten nutzen demokratische Rechte schamlos aus, um Menschen zu entrechteten bzw. gegeneinander aufzuhetzen.

Mit Brandstiftern und Mördern und ihren Spießgesellen darf nicht in demokratischem Dialog gestritten werden, sie sind zu bestrafen und ihre Ansichten zu bekämpfen. Durch Teilnahme an Wahlen werden die Faschisten in den Rang demokratischer Parteien gehoben, obwohl sie und ihre Programme verbrecherisch gegen Minderheiten, Behinderte, Ausländer, Homosexuelle und Andersdenkende vorgehen.

Verbot der DL ! Keinen Fußbreit den Faschisten

Seit Ende November trifft sich in Herten das "Aktionsbündnis gegen Neofaschismus", in welchem zahlreiche Organisationen (Wähler-

initiative "Unsere Sache in unsere Hand", VVN-BdA, Antifa-AG am Gymnasium Herten, Antifaschistischer Bund (AFB), Schülervertretungen des Gymnasiums und der Gesamtschule, DKP, MLPD, Die Grünen) sowie zahlreiche Einzelpersonen zusammenarbeiten.

Das Aktionsbündnis hat sich zum Ziel gesetzt, die von den Faschisten angezeigten Gegner ihrer faschistischen Propaganda zu unterstützen, in der Öffentlichkeit über den faschistischen Charakter der DL aufzuklären und ihr Verbot zu fordern sowie gegebenenfalls strafrechtliche

Schritte gegen die "SA-Methoden" der DL zu unternehmen, das Vorgehen der Polizei untersuchen zu lassen (siehe auch den Brief an die Recklinghäuser Polizeipräsidentin Steglmaier in dieser Ausgabe).

Als erstes soll ein "Aktions-tag" mit Flugblättern und Unterschriftensammlung am **28. Januar** in der Hertener Innenstadt durchgeführt werden.

Das nächste Treffen des Aktionsbündnisses findet statt am Mittwoch, 18. Januar 95, um 19.30 Uhr in der Gaststätte "Vestischer Hof", Ewaldstr. 132 in Herten.

NATIONAL- DEMOKRATEN

informieren:

300,- DM Belohnung!

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

auch in Ihrem Stadtteil wurden mehrfach Plakatwerbeträger der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD) zerstört oder gestohlen. Da es sich nicht um Einzelfälle handelt, haben wir nun Anzeige bei der Polizei gestellt. Die Täter gehen offensichtlich planmäßig vor. In linksextremen Zeitschriften und Flugblättern wird dazu aufgerufen, unsere Plakate zu "entsorgen". So kam es, daß schon vor einigen Monaten bei der Europawahl zahlreiche Plakataufhänger verschwanden. Jetzt sind die Diebe erneut aktiv geworden, da wir uns nun um Mandate für die Bezirksvertretungen bewerben. In einem anonymen Anruf der mutmaßlichen Täter wurde uns sogar mit Mord gedroht.

Wir von der NPD sind der Ansicht, daß Wahlen nach demokratischen Spielregeln entschieden werden sollten. Es kann nicht hingenommen werden, daß der Wahlkampf von zugelassenen Parteien durch notorische Rechtsbrecher behindert wird.

Deshalb möchten wir Sie um Ihre Mithilfe bitten: Wenn Sie Beobachtungen gemacht haben oder Hinweise auf die Täter geben können, teilen Sie uns dies bitte mit. Einige Indizien sprechen dafür, daß sich die Täter zum Teil aus dem Sympathiesantenkreis der MLPD (Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands) rekrutieren. Vielleicht sind Ihnen ja Personen aus dieser Vereinigung bekannt. Rufen Sie bitte umgehend an (☎ 83 99 26) oder schreiben Sie an die Anschrift:

NPD - KV Dortmund - Postfach 10 28 33 - 44028 Dortmund

Natürlich können Sie sich auch direkt an eine Polizeidienststelle wenden. Für sachdienliche Hinweise, die zur Ergreifung der Täter führen, setzen wir eine Belohnung in Höhe von 300,- DM aus.

Übrigens: Unter der obigen Anschrift können Sie selbstverständlich kostenlos unser Parteiprogramm und weiteres Informationsmaterial anfordern!

V.i.S.d.P.: Horst Rauschow Druck: Eigendruck

OFFENER BRIEF AN DIE POLIZEIPRÄSIDENTIN KREIS RECKLINGHAUSEN

Frau
Polizeipräsidentin
Ursula Steglmeier

Betreff: Polizeiverhalten bei Anzeigen der "Deutschen Liste" gegen Hertener Bürger

Sehr geehrte Frau Steglmeier,

es gibt unserer Ansicht nach Grund zur Besorgnis, wie Bürger der Stadt Herten durch Anzeigen von Mitgliedern der rechtsextremen "Deutschen Liste" von der Polizei behandelt wurden. Wir kennen die Darstellungen der betroffenen Bürger und möchten von Ihnen den Sachverhalt aus Ihrer Sicht erfahren.

Zum Hintergrund:

Zur Kommunalwahl war auch die rechtsextreme Gruppierung "Deutsche Liste" in Herten zugelassen. Damit durfte sie ganz legal ihre menschenverachtenden und diskriminierenden Parolen im Stadtgebiet verbreiten. Mit ihren Aufklebern und Plakaten beschädigten und verhandelten sie u.a. Laternenpfähle, Wartehäuschen der Vestischen, öffentliche Gebäude (z.B. Schulen) usw. Auch wurden Wahlplakate anderer zugelassener Parteien einfach überklebt. Wir gehen davon aus, daß sicherlich in vielen Fällen hierbei der Tatbestand der Sachbeschädigung gegeben war.

Soweit uns bekannt ist, gibt es in dieser Richtung jedoch **keine** polizeilichen Untersuchungen.

Ganz anders wird jedoch derzeit mit Bürgern umgegangen, die Anstoß an den Parolen der "Deutschen Liste" genommen hatten und unter dem bloßen **Verdacht** stehen, diese Parolen unkenntlich gemacht bzw. Plakate entfernt zu haben.

* Laut Aussagen von Betroffenen soll die Anzeigen zur Sachbeschädigung (Materialwert ca. 50 Pfennig bei einem Plakat !) gar der Staatsschutz bearbeiten. Stimmt das? Falls diese Auskunft stimmen sollte, bedürfte insbesondere diese Handhabung einer ausführlichen und stichhaltigen Begründung.

* Durften Mitglieder der "Deutschen Liste" überhaupt als "Schutztrupp" Streife fahren und sich das Recht herausnehmen, bei Verdacht einer Beschädigung ihrer Plakate, Bürger festzuhalten - bis die über Funktelefon informierte Polizei kam?

* Was ist der Hintergrund dafür, daß von der "Deutschen Liste" Verdächtige vom Staatsschutz mit erkennungsdienstlichen Maßnahmen (Fingerabdrücke, Ablichtungen) behandelt wurden (immer unter der Maßgabe des Verdachts der Sachbeschädigung von Plakaten mit einem Materialwert von ca. 50 Pfennigen)?

* Stimmt es, daß der PKW des Herrn Frank Reber (O.-Leiter der "Deutschen Liste" Herten) in den gleichen Farben wie ein Polizeifahrzeug lackiert war? Darf das überhaupt sein? (Unseres Wissens werden Erwerber von alten Polizeifahrzeugen verpflichtet, das erworbene Fahrzeug umzulackieren!) Stellt das nicht zusätzlich ein Mittel der Irreführung von Bürgern dar?

* Warum rücken bei einem Einsatz zum Stellen eines von der "Streife" der "Deutschen Liste" festgehaltenen Bürgers 4 (als Wort: vier) Polizeifahrzeuge aus, wo im Stadtgebiet sonst weniger Streifenfahrzeuge unterwegs sind?

* Weshalb rückt die Polizei überhaupt bei der Anzeige einer rechtsextremen Gruppierung aus, wenn lediglich das "Beschädigen" von Plakaten angezeigt wird?

* Uns würde interessieren, ob bei Delikten der Sachbeschädigung mit solch geringen Schadenssummen in allen Fällen so verfahren wird. Oder gibt es da Ermessensspielräume? Wie sehen diese Spielräume aus?

* Außerdem würde uns interessieren, ob Sie wissen, daß die Staatsanwaltschaft aufgefordert wurde, die Parolen der "Deutschen Liste" dahingehend zu prüfen, ob sie den Tatbestand der Volksverhetzung erfüllen?

* Weiterhin würde uns interessieren, ob Sie eventuell aus anderen Städten ähnliche Vorfälle kennen?

Uns ist aus Dortmund ein Flugblatt der NPD bekannt (siehe Anlage), aus dem nicht ganz eindeutig herausgelesen werden kann, ob diese Anzeigenaktion gegen Sachbeschädiger ganz allein "Sache" der NPD (Vergleiche "Deutsche Liste") ist oder ob es sich um ein koordiniertes Vorgehen zwischen Rechtsextremisten und der Polizei handelt. Zumindest hat es unserer Ansicht nach die Polizei in Dortmund versäumt, sich per Erklärung zu distanzieren.

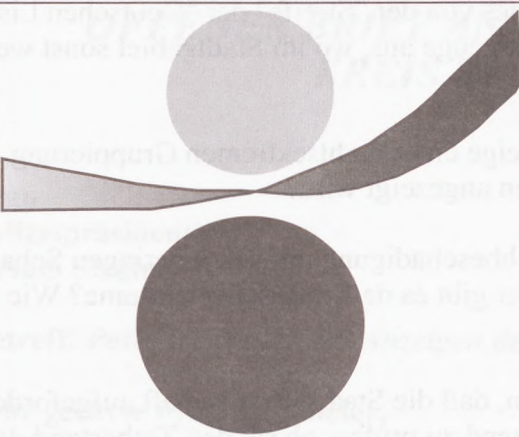
Wir fügen dieses Flugblatt deshalb bei, weil die Parallelen von Dortmund zu den Vorgängen in Herten so deutlich ins Auge fallen, wobei sicherlich die Absichten hinter den Aktionen deckungsgleich sein dürften.

Klar zu entnehmen ist dem Flugblatt zumindest die politische Absicht, sich selbst als "Saubermänner" darzustellen, die sich gegen "notorische Rechtsbrecher" wenden. Der Hinweis auf die Polizei wird so geschickt eingebracht, daß unbefangene Menschen den Eindruck erhalten können, daß Rechtsextreme und Polizei Hand in Hand arbeiten. ("Natürlich können Sie sich auch direkt an eine Polizeidienststelle wenden.")

Auch der Hinweis, daß Wahlen "nach demokratischen Spielregeln entschieden werden sollten" (nicht müssen!), zeigt nur vordergründig den Einsatz für den Rechtsstaat. Gerade wir in Herten haben allen Grund, diese "biedere Fassade" der Rechtsextremisten zu bezweifeln. Insbesondere fielen Republikaner vor 5 Jahren dadurch auf, daß sie die demokratischen Spielregeln bereits bei der Zulassung zur Wahl verließen und Unterstützungsunterschriften fälschten oder sich unter falschen Vorwänden erschlichen und dafür auch verurteilt wurden. Sie gehörten unberechtigterweise u.a. dem Kreistag an und "kassierten ab". Wir führen dieses Beispiel deshalb an, weil ehemalige Kandidaten der Republikaner nun auch für die "Deutsche Liste" kandidierten. Desweiteren ist bekannt, daß Frank Reber (O.-Leiter) wegen eines vorgetäuschten Bombenattentats auf eine ehemalige jüdische Synagoge in Recklinghausen verbestraft ist.

Um so dringlicher ist es, daß hier im Kreis Recklinghausen ein offenes Wort darüber verloren wird, was sich im Umfeld der "Deutschen Liste" und der Polizei abspielt. Da alle Bürger das Recht haben, hier Auskunft zu bekommen, behandeln wir dieses Schreiben als Offenen Brief und erwarten eine ähnliche Entgegnung.

HERTENER AKTIONSBÜNDNIS GEGEN NEOFASCHISMUS



LUPEN
ÖFFSETDRUCK

Inh: M. AKARÇAY

Wilfried Straße 10
47169 Duisburg
Tel.: 0203 / 40 85 01
Fax: 0203 / 40 69 16

Anmerkung der Redaktion zum Offenen Brief:

Inzwischen hat Polizeipräsidentin Steglmeier geantwortet:

Wie zu erwarten, stellte sie sich voll und ganz hinter "ihre" Polizisten und wies den Vorwurf einer möglichen Zusammenarbeit "mit aller Entschiedenheit" zurück.

Sie stellte in ihrem Schreiben an die Presse die Behauptung auf, daß die Polizisten sich vollkommen korrekt verhalten hätten, z.B. seien erkennungsdienstliche Maßnahmen notwendig gewesen, da es sich um "Straftatbestände" handele.

Im übrigen verwies sie darauf, daß von der Staatsanwaltschaft Bochum die Parolen der "Deutschen Liste" auf strafrechtliche Inhalte untersucht würden.

Heißt das, daß der Staatsbürger gefälligst mit der Bekämpfung von volksverhetzender Propaganda zu warten habe, bis die Staatsgewalt den volksverhetzenden Charakter derselben rechtskräftig festgestellt hat? Bis dahin also sollen Nazis ihr Gift verspritzen dürfen?

Wir berichten weiter.

HUTZEL Vollkorn-Bäckerei GmbH
Hattinger Straße 188 44795 Bochum
Tel. 0234/ 450590
FAX: 0234/452268

Kontrolliert-biologischer Anbau
BIOLAND-Getreide
Eigene Mühle
Informationen
Betrieb in Selbstverwaltung



Mo. - Fr. 10.00 - 13.00h, 15.00 - 18.00h

SONNENBLUME
NATURKOST

Lebensmittel aus kontrolliert biologischem Anbau

SPRINGSTR. 2 AM HAUPTBAHNHOF
45657 RECKLINGHAUSEN
TEL.: 02361/13927

Täglich frisches Brot, Gemüse u. Milchprodukte
Wurst und Fleischwaren aus der Bio- Metzgerei
Ökologische Weine, Sekt und Säfte
Naturkosmetik, Haar- und Körperpflegemittel
Individuelle Beratung zur Vollwerternährung

Öffnungszeiten: Mo - Fr. 9⁰⁰ - 13⁰⁰ u. 15⁰⁰ - 18³⁰Uhr
Sa. 9⁰⁰ - 13⁰⁰ Uhr

REDAKTIONSKONFERENZ DER ANTIFAZ

Am 17. und 18. Dezember traf sich die Redaktion unserer Zeitschrift zu ihrer jährlichen Redaktionskonferenz, um über Mängel und Fortschritte der "AntifaZ" zu beraten.

Die Konferenz behandelte am ersten Tag Fragen unserer politischen Orientierung und am zweiten Tag Probleme wie Vertrieb, Finanzen, Technik und Form der Zeitschrift.

ZUR POLITISCHEN ORIENTIERUNG DER ZEITSCHRIFT

Wir diskutierten über vier Schwerpunkte: Internationalismus in der AntifaZ, Einschätzungen zur politischen Situation in der BRD, AntifaZ und Berichterstattung über praktische Auseinandersetzungen, Defizite in der Berichterstattung bei bestimmten politischen Themen.

Internationalismus

Die Redaktion war sich einig, daß die in den vergangenen Jahren versuchte internationalistische Orientierung unserer Zeitschrift beibehalten und ausgebaut werden soll. Über wichtige Entwicklungen wie den kurdischen Freiheitskampf, die Kämpfe auf dem Balkan oder einzelne Kämpfe in der "Dritten Welt" (Mexiko, Philippinen, etc.) haben wir entsprechend unseren Möglichkeiten berichtet.

Als Problem wurde allerdings benannt, daß diese Berichte offenkundig häufig eher "zufällig" entstanden, die Ausnahme bildet dabei die Berichterstattung über Kurdistan.

Es wurde als Aufgabe der Redaktion formuliert, künftig die Auswahl von Artikeln der internationalen Entwicklung stärker politisch zu begründen.

Kritisiert wurde weiterhin, daß der Eindruck entstanden ist, die AntifaZ "bevorzuge" in ihrer Berichterstattung bestimmte ausländische Organisationen (z.B. die TDKP) oder distanzieren sich von bestimmten Organisationen (z.B. der PKK).

Die Konferenz stellte hierzu übereinstimmend fest, daß ein derartiger Eindruck nicht

einer politischen Absicht der Redaktion entspricht, sondern aus den (oft nicht auf den ersten Blick erkennbaren) politischen Auffassungen einzelner Redakteure resultiert, die dann in die Artikel einfließen. Das ist nur dann in Ordnung, wenn der jeweilige Artikel namentlich unterzeichnet ist.

In Zukunft soll darauf stärker geachtet werden, daß sich die AntifaZ gegenüber allen Organisationen gerecht und neutral verhält. Dies schließt kritische Bemerkungen zu einzelnen Organisationen nicht aus, muß in Zukunft aber als von der Redaktion beschlossene Stellungnahme erkennbar sein (Zum gleichen Problem noch ausführlicher unter dem Stichwort Auseinandersetzung mit den Autonomen).

Die Diskussion über unser Verhältnis zu ausländischen Organisationen spitzte sich dann noch einmal am Beispiel unserer Berichterstattung über den Tod von Mitgliedern der TDKP in der Umgebung von Hozat (Provinz Dersim/Tunceli) zu, der von einem PKK-Kommando herbeigeführt wurde (diese "vorsichtige" Formulierung soll nun in der Tat keine politische Bewertung beinhalten).

Es bestand Konsens, daß wir richtigerweise die Stellungnahmen verschiedener Organisationen (insbesondere diejenigen "beider Seiten") abgedruckt hatten. Es wurde aber als Fehler kritisiert, daß im Editorial eine politische Bewertung der Vorfälle erschien, die nicht Konsens in der Redaktion war. Zudem wurde beschlossen, insbesondere zu komplexen Sachverhalten in Zukunft durchaus erst eine längere Zeit gründlich zu recherchieren, bevor wir "unsern Senf dazugeben".

Zur politischen Entwicklung in der BRD

Es bestand Konsens, daß die Gewichtung zwischen internationaler und "nationaler" Berichterstattung häufig zu sehr zugunsten der internationalen Berichte gelegt wurde.

Auch dies liegt u.E. zu oft daran, daß die Auswahl sämtlicher Artikel zu wenig politisch begründet wurde und oft vom Zufall abhing. Wenn eben viel mehr internationale Artikel vorlagen, wurden sie halt abgedruckt. Das soll sich ändern.

Weiter wurde gemeinsam als richtige Orientierung bestätigt, die verschiedenen Auffassungen in der antifaschistischen "Bewegung" in der BRD darzustellen und ggf. bestimmte Positionen zu kritisieren.

Allerdings wurde kritisiert, daß zwar tatsächlich unterschiedliche Positionen dargestellt und kritisiert wurden, dies aber eindeutig in unterschiedlicher Quantität und Qualität. So gab es zwar Berichte über Positionen des "traditionellen" Antifaschismus (VVN-BdA, IVVdN, die Zeitschrift antifa o.ä.), aber es

war schon auffallend, daß der Kritik am "autonomen Antifaschismus" unverhältnismäßig mehr Platz eingeräumt wurde.

Zwar besteht (inzwischen) Konsens in der inhaltlichen Kritik am "autonomen Antifaschismus" - insofern teilen wir auch die kritischen Ausführungen eines Leserbriefschreibers über "unsere" Berichterstattung zum 3.10., aber wir stellen auch selbstkritisch fest, daß die Form unserer Kritik in einigen Fällen gegenüber "den Autonomen" unsolidarisch war. Es wurde sicher nicht jedem/r LeserIn deutlich, daß die ausführliche und häufige Kritik gerade nicht ein Zeichen dafür war, daß die Autonomen uns politisch besonders fern stehen - dies ist beim "traditionellen" Antifaschismus mit seiner Ablehnung jeglicher antifaschistischer Militanz und seiner Betonung eines (oft) geschichtslosen "Humanismus" durchaus stärker der Fall - , allerdings haben wir das Gemeinsame (z.B. Kampf gegen staatliche Repression und "Faschisierung" innerhalb des Staates) oft nicht genug herausgearbeitet.

Unser Ziel, die AntifaZ zu einem **Forum** der Auseinandersetzung zu machen, ist noch weit entfernt. Dies liegt nun nicht an uns allein, sondern ist eher Ausdruck einer verbreiteten Tendenz innerhalb "der Linken", auch und besonders der antifaschistischen, nämlich kaum oder nur selten über "den eigenen Tellerrand" hinauszuschauen - unsere eigenen Fehler hängen sicher auch damit zusammen. Als positiv stellte die Redaktion fest, daß zunehmend die innere Entwicklung der BRD im Zusammenhang untersucht wurde, einzelne Vorfälle und Aktionen nicht isoliert betrachtet und dargestellt wurden. Aber auch dabei sind Fortschritte wünschenswert.

BERICHTERSTATTUNG ÜBER PRAKTISCHE AUSEINANDERSETZUNGEN

Es wurde generell kritisiert, daß die Berichterstattung über praktische Kämpfe, Ereignisse, Veranstaltungen usw. zurückgegangen ist. Die frühere Rubrik "Blick nach draußen" wurde zwar sinnvollerweise abgeschafft (da die AntifaZ von ihrem Selbstverständnis ja keine örtliche oder regional begrenzt

Anzeige



Ché Coolala

LIVE-MUSIK-PROGRAMM-KNEIPE • RESTAURANT • DISCO • BIERGARTEN

Heyden-Rynsch-Straße 2 • 4600 Dortmund 1
Tel.: 0231/178145 • Fax: 0231/178347

GRAUE WÖLFE; ISLAM UND TÜRKISCHER STAAT

Hintergründe, Geldgeber und Ziele rechter und islamischer Gruppen unter den Migranten und Migrantinnen in der BRD

1. Türkische Republik, türkisch-kurdische Emigration in die BRD und der Islam

Der Islam ist eine der am weitesten verbreiteten Religionen unter den monotheistischen Religionen. Wie auch andere dieser Religionen beansprucht der Islam, alle Lebensbereiche zu bestimmen; selbst die Intimsphäre wird reglementiert. Das Schicksal des einzelnen ist durch Gott unabänderlich vorherbestimmt. Dies soll Gläubige zur Passivität verleiten.

Durch seine Reglementierungen wird gleichzeitig ein politisches System begründet. Die Macht der Religion wird der Macht im Staat gleichgesetzt. Das Ziel des Islam ist es, die Gesellschaft fest an die Gebote Gottes zu binden.

Kritik an den Herrschenden oder Aufstände werden in der islamischen Gesellschaft nicht zugelassen. Mit Verweis auf die Wiederherstellung von Recht und Ordnung nach den heiligen Geboten wird Widerstand aufs härteste verfolgt. So wird die ganze Gesellschaft zum absoluten Gehorsam erzogen, unter dem es schließlich keiner mehr wagt, auch nur die leiseste Kritik zu üben. Mit dieser Praktik erreicht ein islamischer Staat zweierlei: Die Religion dient zur Rechtfertigung für jede Verfolgung und verhindert gleichzeitig Neuerungen, die an dem Machtgefüge rütteln könnten, mit der Folge, daß der Staat erstarrt.

Islamischer Einfluß in der Türkei

Schon zur Zeit der Osmanen wurde die Religion als Mittel zur Staatsführung und zur Verfolgung eingesetzt. Der heutige türkische Staat setzt diese Politik in abgeschwächter und verdeckter Form fort. Schon in der Schule wird durch einen stark auf Auswendiglernen konzentrierten Unterricht eigenständiges Denken verhindert und Obrigkeitsgehorsam gefördert.

Der Laizismus sollte die Trennung von Staat und Religion bewirken. Mustafa Kemal Atatürk, der erste Staatspräsident der Türkischen Republik, die nach dem Zusammenbruch des Osmanischen Reiches nach dem Ersten Weltkrieg gebildet wurde, bezeichnete so seine Staatsform. In der Praxis jedoch wurde die Religion zum Zweck der Politik eingesetzt. Verbunden mit der Gründung des türkischen Staates ist der reaktionäre Traum, später ein großtürkisches Reich durch "Vereinigung aller Turk-Stämme" zu errichten. Zunächst war jedoch die Einheit des türkischen Staates zu festigen. Ein Nationalbewußtsein wird von Kindheit an jedem türkischen Staatsbürger verordnet, um den Vielvölkerstaat Türkei (Griechen, Armenier, Tscherkessen, Kurden, Lazen usw.) zusammenzuhalten. Die Religion wird dazu als Mittel in der weiter unten näher erläuterten "türkisch-islamischen Synthese" eingesetzt.

Nach außen ist dieser Zusammenhang als erstes erkennbar in der Einrichtung des *Ministeriums für religiöse Angelegenheiten* bei der Gründung der Türkischen Republik, eines Ministeriums, das bis heute besteht. Demirel, der amtierende türkische Ministerpräsident, sah daher 1991 den Laizismus als Schutz der Religion.

Der vom Staat praktizierte Nationalismus hat jedoch das Problem der zum großen Teil aus Arbeitern, kleinen Angestellten und kleinen Unternehmern bestehenden Bevölkerung nicht gelöst. Die einzigen, die die Nöte - vor allem die verstärkte Armut durch über 200-300%ige Inflation im Jahr - aufgreifen, sind die Fundamentalisten vornehmlich der *Wohlfahrtspartei* (Refah Partisi; RP). Wobei der wahre Grund ihrer "Hilfe" (z.B. in Form von Armenküchen und kostenloser ärztlicher Versorgung) in ihrem

Bestreben, an die Macht zu kommen, liegt. So läßt sich auch zum Teil der hohe Wahlsieg der Wohlfahrtspartei erklären.

Probleme der Emigration und der Politik der Islamisten

Die ersten Arbeitsemigranten, die aus der Türkei nach Deutschland kamen, waren zumeist Arme und Arbeitslose, die sich hier ein besseres Leben versprochen. Sie leben zumeist nach wie vor hier - meist im Rentenalter - mit der zweiten oder schon mit der dritten Generation zusammen. Die älteren unter ihnen haben die Modernisierung des Westens der Türkei nicht mitbekommen und leben in den Wertvorstellungen, die sie aus der Türkei mitgebracht haben. Diese versuchen sie in unserer konsumorientierten Welt zu verteidigen und finden da ihren Rückhalt in der Religion.

Hinzu kommt ein weiterer, gar noch wichtigerer Grund: Die als "Gastarbeiter" nach Deutschland geholten Arbeiter wurden von der Türkei und von der BRD als bloße Arbeitskraft behandelt; daß sich dahinter Menschen mit Wünschen und Problemen verbargen, wurde vergessen. Man benutzte lediglich ihre körperliche Arbeit. Doch mit dem Wechsel nach Deutschland wurden sie nicht nur mit einer fremden Kultur, sondern auch mit einer fremden Sprache konfrontiert, die sie zu Hilflosen im täglichen Leben degradierte. Deutschsprachkurse wurden anfangs nur spärlich angeboten und konnten von vielen wegen Analphabetismus nicht besucht werden. Da soziale und kulturelle Bedürfnisse weder von Deutschen noch von Türken, die hier als Sozialarbeiter oder in Gewerkschaften arbeiteten, noch vom türkischen Staat entsprechend befriedigt werden, ziehen sie sich in ihre eigene Umgebung zurück und finden vielfach Zuflucht in der Religion. Diese verstärkt diese Bewegung, indem in ihrer Propaganda (Zeitungen, Video usw.) vieles, was mit Deutschland zusammenhängt, verfälscht wiedergegeben und dadurch in den Schmutz gezogen wird.

Neben der Zuflucht zur Religion gibt es einen weiteren Aspekt: Viele islamische Gemeinden haben aufgrund der Religionsvielfalt in der BRD Angst, ihre Mitglieder zu verlieren. Daher üben sie verstärkt Druck auch auf Nichtmitglieder aus, um diese für sich zu gewinnen.

Die Jüngeren, die in einem starken Konflikt mit den Vorstellungen ihrer Eltern und den Einflüssen unserer Gesellschaft leben, suchen ebenfalls nach einem Rahmen, in dem sie ihr Leben gestalten können. Häufig finden sie - verstärkt durch die große Propaganda religiöser Vertretungen hier in der BRD - diesen Rahmen im Islam.

Sie erleben die negative Haltung ihrer Eltern und sehen diese bekräftigt durch den in Deutschland immer stärker werdenden Ausländerhaß. In der Schule, in der Bahn, auf der Straße, überall können die ausländischen Jugendlichen die abweisenden Handlungsweisen, rassistischen Sprüche auf Wänden usw. und gesprochenen Äußerungen verstehen und erfahren diese Demütigungen. Positive Erfahrungen fallen dagegen nicht so ins Gewicht, da die negativen zusätzlich in der türkischen Presse und vom türkischen Staat medienwirksam ausgeschlachtet werden. Die islamischen Gruppen machen sich diese Verbreitung von Ausländerhaß ihrerseits zunutze.

Da die türkischen nationalistischen Strömungen in der BRD durch die Moscheegemeinden verbreitet werden, finden viele Jugendliche ihren Weg zum Islam. Dieser wird meist durch Aktivitäten für Jugendliche (z.B. Fußballmannschaften, andere Sportarten) geebnet.

2. Die Orden und andere islamische Strömungen

Im Islam gibt es verschiedene Ausprägungen, die sich unter anderem in den verschiedenen Mönchsorden niederschlagen. Die Orden, die vor allem seit dem 18. Jahrhundert erhöhten Zulauf haben, bestehen auch heute weitestgehend unverändert weiter.

Sie spielen im sozialen und politischen Gefüge der Türkei und auch unter den Migranten in der BRD nach wie vor eine große Rolle:

- Sie verkörpern religiöse Richtungen abseits der Staatsreligion.

- Hilfe und Unterstützung, die das Volk von der Staatsreligion erwartete, aber nicht erhielt, bekam es von den Orden.
 - Das Ansehen in der Bevölkerung verhalf den Ordensführern dazu, Einfluß auf die oberen Verwaltungsschichten und die darauffolgenden Führungsschichten zu nehmen.
 - Zu einigen Zeiten formierten sie sich zu einer religiösen und politischen Opposition.
- Gemessen an ihrer Mitgliederzahl und ihrer Propaganda, sind folgende Mönchsorden am stärksten:
- *Süleymancilar* (Anhänger von Süleyman Hilmi Tulahan, organisiert im Islam Kültür Merkezleri Birligi = Bund Islamischer Kulturzentren; eine Art Jesuitenorden des Islam)*
 - *Naksibendiler* (Anhänger des Mehmet Naksibendi; Befürworter der Islamischen Revolution von Khomeini im Iran)*
 - *Kadiriler* (Anhänger des Derwischordens Kadiriye)*
 - *Rifaier*
 - *Nurcular* (Anhänger des Saidi Nursi, die sich als Cemaatin un-Nur = Gläubige des Lichts bezeichnen)*
 - *Isikcilar* (= "Lichtträger")*.

In den letzten Jahren versuchen auch die sogenannten *Hizbullaheilar* (= Anhänger der Partei Gottes bzw. der Hizbullah)*, *Müslüman Kardeşler* (= Moslembrüder)* und *Hizbut Tahriciler*, sich zu organisieren.

Mit dem Ziel dieser Bewegungen, eine islamisch-politische Gesellschaftsform zu begründen, rekrutieren sich ihre Mitglieder aus sunnitischen Kreisen, oder sie sind sunnitischen Ursprungs.

Die *Alewiten*, eine Religionsgemeinschaft, die sich aus dem Schiitismus entwickelt hat, sind bei keinem der oben genannten Orden zu finden. Aufgrund ihres im Vergleich zu anderen islamischen Richtungen aufgeklärten Weltbildes haben sie niemals die Idee einer islamischen Gesellschaft vertreten. Im allgemeinen sind sie für einen laizistischen Staat. Bis vor kurzem war es ihnen jedoch nicht möglich, sich öffentlich zu äußern und so ein Gegengewicht zur islamischen Bewegung darzustellen, da sie - abgestempelt als Ungläubige - ihr Religionsbekenntnis verheimlichen mußten. So schlossen sie sich linken Organisationen und kurdischen Bewegungen an (eine Minderheit der Alewiten in der Türkei selbst sind Kurden). Um sie von anderen Gruppen fernzuhalten, wurden ihnen in den letzten Jahren einige Freiheiten eingeräumt. Trotzdem unterstützen sie aufgrund ihrer progressiven Ideen Linke und Sozialdemokraten.

Nicht alle islamischen Bewegungen haben sich als Orden formiert. Zwei solcher Organisationen sind zum einen die Wohlfahrtspartei (RP), die im türkischen Parlament vertreten ist, mit ihrer Auslandsorganisation *Vereinigung der neuen Weltsicht in Europa* (Avrupa Milli Görüs Teskilati; AMGT), und das *Ministerium für religiöse Angelegenheiten* (Dinayet Isleri) und dessen Auslandsorganisation *Türkisch-islamische Union der Anstalt für Religion e.V.* (Diyanet Isleri Türk Islam Birligi; DITIB).

3. Geschichtlicher Rückblick: Religiöse Konflikte und der Zerfall des Osmanischen Reiches

Seit den Anfängen des 19. Jahrhunderts entwickelte sich eine immer tiefer greifende Polarisierung zwischen den im Westen und den an den *Medresen* (= Islamische Hochschulen für Theologie) Gebildeten. Zunächst zeigte sich dies vereinzelt in politischen Parteien und Bewegungen. Die Vorkämpfer des islamischen Glaubens, die die Traditionen und religiösen Regeln aufrecht erhalten wollten (Traditionalisten), sammelten sich in der *Partei für Freiheit und Einigkeit* (Hürriyet ve Hilaf Partisi), und die Reformisten, türkischen Nationalisten und westlich orientierten Gebildeten kamen in der *Partei für Einheit und Fortschritt* (Ittihat ve Terakki Partisi) zusammen.

Traditionalisten

Die religiös Gesinnten waren gegen die Verwestlichung und kritisierten jede Art von türkischem Nationalismus, der in ihren Augen die islamische Einheit zerstörte.

Sie verlangten die Aufhebung des geltenden Rechts sowie die Einführung des islamischen Religionsgesetzes, der *Scharia* (= Seriat)*, da die geltende Rechtsordnung nicht den islamischen Geboten entspreche. Auf der Grundlage der Scharia erstellten sie ein Rechtsgutachten, das ihre wichtigsten Forderungen zusammenfaßt:

- Die Verschleierung der Frau ist eine religiöse Notwendigkeit. Zuwiderhandlung dagegen ist ein Gesetzesverstoß.
- Die Polygamie ist aus Gründen des Anstandes und der Fortpflanzung nicht nur zu erlauben, sondern als notwendig zu erachten.
- Das Theater ist ein Ort der Sittenlosigkeit; Frauen dürfen dort nicht auftreten.
- Mädchen und Jungen dürfen nicht in einer Klasse sitzen.

Schließlich gründeten sie die oben erwähnte Partei der Freiheit und Einigkeit, um ein Gegengewicht zu den Reformisten zu bilden, obwohl sie anfangs gegen jegliche Gruppenbegriffe wie Rasse, Stamm oder Partei waren.

Aus der Sicht der islamischen Ideologie sind die Forderungen der Traditionalisten gerechtfertigt. Der Islam akzeptiert weder Veränderungen noch Reformen. Die Zeit hat sich den Erfordernissen des Islam anzupassen. Er hat eine immerwährende Gültigkeit. Bis zum Tag des Jüngsten Gerichts wird er fortbestehen. Da er aus ihrer Sicht alle sozialen, wirtschaftlichen und psychologischen Probleme löst, kann keine andere Religion, keine andere Ideologie zeitgemäßer sein als der Islam. Sie verherrlichen die Zeit, in der der Islam noch in seiner ursprünglichen Form praktiziert wurde, und halten daher die alten Traditionen und Glaubenspraktiken hoch.

Reformisten

Diese Bewegung wertet das 20. Jahrhundert als das Jahrhundert des Nationalismus. Sie vertritt die Meinung, daß der Islam mit dem Nationalismus vereinbar sei. Ihrer Ansicht nach bringt der Nationalismus die Menschen zusammen; gleiche religiöse Einstellungen reichen nicht für die Bildung einer sozialen und gesellschaftlichen Einheit aus. Im Umkehrschluß gehen sie sogar davon aus, daß die islamischen Völker nur zusammengebracht werden können, wenn jedes ein nationales Verständnis mitbringt. Daher muß die nationale Existenz eines jeden Volkes anerkannt werden, um eine Föderation von islamischen Staaten bilden zu können.

Unter anderem aufgrund der eingangs gemachten Überlegungen bezüglich der Staatsführung war die osmanische Gesellschaft gegenüber der europäischen stark unterentwickelt. Um sich den strengen Regelungen des Islam entziehen zu können, sahen ein Teil der türkisch-islamischen Fundamentalisten, die Reformisten und westlich orientierten Gebildeten, die Lösung in der Umformung der Gesellschaft nach westlichem Vorbild. Es gelang ihnen jedoch nicht, die Umformung konsequent durchzusetzen. Die so entstandene Konfrontation bezeichnete die Opposition (Traditionalisten) als Identitätsproblem, das sie durch ihren Traditionalismus lösen wollten.

Aus der Verbindung eines von Mustafa Kemal gegründeten Geheimbundes und der Partei für Einheit und Fortschritt ging die *jungtürkische Bewegung* (Jöntürk Hareket)* unter Vorsitz von Mustafa Kemal hervor. Er verteidigte nach der Niederlage des Osmanischen Reiches im Ersten Weltkrieg, damals bereits auf dem Balkan gegenüber Rußland wie im Nahen und Mittleren Osten ein Verbündeter des Deutschen Reiches, erfolgreich die "Reste" des Osmanischen Reiches gegen die Versuche der griechischen Regierung, die Siedlungsgebiete von Griechen (insbesondere die Küste Kleinasiens) Griechenland zuzuschlagen, und gegen die imperialistischen Interessen des englischen und französischen Reiches, so daß er gestärkt in die 1918 begonnenen Friedensverhandlungen eintreten konnte.

Die oben erwähnten Verfechter der islamischen Ideologie sowie die parallel gegründeten Orden existieren nach wie vor und sind vor allem in Deutschland aktiv, wo sie über mehr Möglichkeiten verfügen als in der Türkei.

4. Ziele der islamischen Bewegungen und Voraussetzungen für ihre Verbreitung in der BRD

Die verschiedenen islamischen Bewegungen, u.a. die Orden, weisen zwar Unterschiede in der Methodik und Interpretation des Koran aus, bei den Zielvorstellungen lassen sich jedoch einige Gemeinsamkeiten feststellen:

- Außer Gott und den Propheten gibt es keine anderen Autoritäten.
- Alle Muslime auf der Welt sollen sich vereinigen und einen islamischen Staat gründen. Voraussetzung dafür ist, daß zuvor in diesen Ländern bereits die Scharia als Rechtsordnung gilt.

Exkurs: Das Religionsgesetz (die Scharia)

Die Scharia ist aus den Kontroversen und den Worten Mohammeds entstanden. Durch diese Festlegung ist sie ein starres Gesetz, das heute noch Gültigkeit haben soll, obwohl sich die Zeiten erheblich geändert haben.

Die Scharia wird in den *Koranschulen* gelehrt. Es gibt rund 1000 dieser Schulen mit ca. 100.000 Schülern in der BRD.

Sie sind den islamischen Gemeinden angegliedert. Da es sich um private Kurse handelt, unterliegen sie nicht der Aufsicht der Schulbehörden. Der Unterricht ist nach der politischen und religiösen Richtung der jeweiligen Gemeinde ausgerichtet. Auch in der Türkei findet der Koranunterricht nur außerhalb der Schulen statt, wird jedoch von der staatlichen Behörde namens Ministerium für religiöse Angelegenheiten kontrolliert.

Auszug aus dem Regelkatalog einer Koranschule:

- Frauen und Mädchen müssen Kopftücher tragen.
- Sie haben lange Röcke und lange Mäntel zu tragen.
- Mädchen und Jungen dürfen nicht auf der gleichen Schulbank sitzen.
- Für Mädchen ist der Schulbesuch sowie das Erlernen der türkischen und deutschen Sprache nicht erforderlich.
- Den Mädchen ist es strikt verboten, zu schwimmen, Ball zu spielen, zu tanzen oder überhaupt am Sportunterricht teilzunehmen.
- Die türkischen Kinder dürfen sich nicht mit deutschen befreunden, weil diese Christen sind, Schweinefleisch essen, tanzen gehen und die Mädchen und Frauen keine Kopftücher tragen.
- In deutschen Metzgereien darf kein Fleisch gekauft werden, da dort Schweinefleisch und Rindfleisch mit demselben Messer geschnitten wird und dadurch das Rindfleisch verunreinigt wird.
- Die Frau hat hinter dem Mann zu gehen.
- Wenn Männer und Frauen zusammen sind, dürfen die Frauen nicht neben den Männern sitzen und sich auch nicht wie sie verhalten.
- Die Frau darf niemals dem Mann widersprechen.
- Grundsätzlich ist das von türkischen und deutschen Lehrern in der Schule Vermittelte falsch.
- Keinem Außenstehenden darf der Lehrinhalt der Koranschule sowie der Name des Koranlehrers genannt werden.
- Lehrer, die gegen Koranschulen sind, dürfen getötet werden.
- Die von Christen erfundenen Geräte wie Radio und Fernsehen dürfen nicht benutzt werden.

Gründe für die Ausbreitung der religiösen und nationalistischen Bewegungen

1. Unterstützung der islamischen Bewegungen und der Nationalisten durch die türkische Regierung
2. Möglichkeit dieser Gruppen, sich mit der Unterstützung durch die Regierung in vielen Einrichtungen, vor allem in den Bildungsstätten, zu organisieren und zu etablieren
3. Unterstützung durch fundamentalistische islamische Staaten und internationale islamische Institutionen
4. Politik der BRD gegenüber den Migranten und Migrantinnen
5. Schwierigkeit der türkischen Migranten, sich aufgrund ihrer unterschiedlichen Kultur hier zurecht zu finden, sowie Mangel an Hilfe und Toleranz seitens der deutschen Verwaltung und Gesellschaft, so daß eine Ghettoisierung stattgefunden hat
6. Gefühl der Einsamkeit in einem fremden Land sowie Angst, die eigene Kultur und dadurch die Identität zu verlieren
7. fehlende Kraft der Migranten, sich den zeitlichen Veränderungen und neuen Anforderungen anzupassen, um die Probleme zu bewältigen.

5. Internationale Institutionen, die die Verbreitung des Islam fördern

Islamische Weltunion

Den größten Einfluß auf die türkischen Migranten aus der Türkei übt das *Islamische Kulturzentrum* aus, das von Saudi-Arabien finanziell unterstützt wird und in Brüssel gegründet wurde. Dieses Zentrum arbeitet mit der *Islamischen Weltunion* (Rabitat Al Alam Al Islami) zusammen. Vorstandsmitglieder sind unter anderem der türkische Botschafter, fünf Botschafter weiterer islamischer Länder und drei Vertreter der Rabitat. Unter der Führung Saudi-Arabiens beabsichtigt die Rabitat-Bewegung, eine islamische Internationalität zu begründen. Wichtigstes Mittel zur Unterstützung der Arbeit der einzelnen Bereiche ist die Finanzierung. Zu diesem Zweck ist in Kairo eine *Vereinigung Islamischer Banken* (Islam Banka Birliği) gegründet worden, in der 56 Bankgesellschaften Mitglied sind. Dazu gehört unter anderem die *Genfer Bank Dar Al Maal Al Islami*. Gleichzeitig ist sie eine Gesellschaft, in der wiederum andere Organisationen Mitglied sind.

Zum einen zählt dazu die *Dar Al Maal Al Islami Turist* Genf, der u.a. die *Tekaful Kurumu* (Solidaritätsgesellschaft) mit Sitz in Luxemburg angehört. Sie unterhält Zweigstellen in der BRD, in England, Belgien und den Niederlanden. Sie machte anfangs mit Werbesprüchen über zinslose Kredite auf sich aufmerksam. Sie hatte Erfolg damit und gewann mehr Einfluß, so daß sie sich ein gutes finanzielles Polster aufbaute, durch das religiöse Verlage und Zeitungen unterstützt wurden.

Ein weiteres Mitglied der Genfer Bank ist die *Faisal Finanz-Gesellschaft* (Faisal Finans Kurumu; FFK), deren Vorsitz Prinz Faisal von der Genfer Bank hat. Die FFK hat hauptsächlich in der Türkei Zweigstellen.

Geschichte der Islamischen Weltunion

Die Rabitat wurde 1963 gegründet. Die konstituierende Versammlung bestand aus 41 Personen. Unter ihnen befanden sich Necmettin Erbakan, Eigentümer der Zeitschrift HILAL und heutiger Vorsitzender der RP, Salih Özcan, Vorsitzender des Türkisch-Saudi-Arabischen Freundschaftsvereins, und Ahmet Gürhan, ehemaliger Abgeordneter der Demokratischen Partei (Demokrat Parti, DP, deren Vorsitzender Menderes war)* und der Gerechtigkeitspartei (Adalet Partisi, AP, deren Vorsitzender Demirel war, Vorläuferpartei der Partei des Gerechten Weges DYP)*. Salih Özcan ist ebenfalls der Türkeivertreter der FFK. Sie unterstützt islamische Bewegungen, Organisationen und Orden vor allem in Europa.

Ziel ist es, vor allem die islamische Ideologie als Grundlage der Staaten der islamischen Welt durchzusetzen sowie den Islamischen Internationalismus zu verbreiten.

Die Ideologie spiegelt sich in den Beschlüssen des Kongresses der islamischen Länder in Pakistan 1976 wider, die gleichzeitig als Appell an alle islamischen Länder gingen:

Appell

- Alle islamischen Länder sollen die Scharia als Staatsgesetz akzeptieren und praktizieren.
- Die heilige Sprache des Koran (das Alt-Arabisch)* ist auf den Stand einer Weltsprache zu bringen.

Beschlüsse

- Alle am Kongreß beteiligten Länder müssen die Lehre des Islam von der Grundschule bis zur Hochschule lehren.
- Es ist für alle eine Pflicht, Arabisch zu lernen.
- Mindestens fünf Kapitel des Koran sind bereits in den Grundschulen (als Pflichtfach) zu vermitteln.
- Der Koran muß vollständig in der Mittelschule gelehrt werden.
- In den islamischen Ländern sollen islamische Institute überwiegen.
- Es wird empfohlen, die wichtigsten Gebote und Lehrinhalte des Islam über verschiedene Medien zu verbreiten.
- Die verfassungsrechtlichen Anstalten sollen sich nach dem Koran ausrichten, und die entsprechende Verfassung (jedes Landes)* soll auf arabisch bekanntgegeben werden.
- Die nicht-islamischen Gesetze sollen außer Kraft gesetzt und durch Gesetze der Scharia ersetzt werden.
- Alle Anordnungen und Anträge in Ämtern und an den Arbeitsplätzen sind mit einem vorgeschalteten Gebet unter gleichzeitiger Anwesenheit eines Imam bekanntzugeben.
- Alle Frauen haben sich nach dem Koran zu richten.
- Um die oben genannte Verwirklichung der Gesetze der Scharia in einem modernen islamisch beherrschten Staat durchzusetzen, sind alle erforderlichen Schritte einzuleiten.
- In Zukunft ist eine islamische Einheit zu gründen, in der sich alle Länder zum Islam bekennen, und der neue Verbund soll in Form einer Föderation das Kalifat (Fortführung der unter Mohammed begonnenen islamischen Herrschaft) weiterführen.

Gemeinschaft der Aufforderung zum Islam

Außerdem existieren in Libyen, England und Pakistan Universitäten der *Gemeinschaft der Aufforderung zum Islam* (Islam'a Cagri Dernegi), deren Hauptsitz in Libyen ist. Das Budget dieser Gemeinschaft ist 2,5mal so groß wie der Staatshaushalt der Türkei. Sie bezahlt auch die Gehälter der Religionsbeauftragten in Griechenland und im griechischen Teil Zyperns.

Diese Gesellschaften unterstützen die religiösen Bewegungen in der Türkei und deren Niederlassungen in Europa. Ihr Ziel ist es, den Islam weiterzubreiten. Da die strengen Moslems gegen Nationalismus sind, versuchen sie, die diesbezüglich gemäßigeren Strömungen zu unterstützen. Dazu gehört z.B. die DITIB, weil sie sich so erhoffen, die Türken von den radikal nationalistischen Strömungen fernzuhalten.

6. "Türkisch-islamische Synthese" - Ideologie des türkischen Staates

Bei der Gründung der Türkischen Republik mußte Atatürk möglichst viele Strömungen vereinigen. Die Traditionalisten konnte er nur dann beruhigen, wenn er zumindest den Islam als Religion akzeptierte. Zu der Akzeptierung war er jedoch nur bereit, wenn die Religion unter staatlicher Kontrolle - dem heutigen Ministerium für religiöse Angelegenheiten - stand. Die Scharia konnte nicht Staatsgesetz sein. Durch diese Verbindung entstand die Idee der türkisch-islamischen Synthese. Die praktische Anwendung wird von den Mitgliedern der *Zentrale türkischer Gebildeter* (Türk Aydınlar

Ocagi; TAO)* gesteuert. Zu den Mitgliedern gehören unter anderem Generaloberst a.D. Alparslan Türkeş, Chef der faschistischen Grauen Wölfe in der Türkei, und der inzwischen verstorbene Staatspräsident Turgut Özal. Die TAO ist ein Treffpunkt der politischen Elite. Zwar gehören die Mitglieder verschiedenen Parteien an, die in der Öffentlichkeit gegeneinander Propaganda betreiben, deren politische Grundgedanken stimmen aber überein.

Ursprünglich sollte durch die Arbeit der TAO die Religion mehr und mehr verdrängt werden, was jedoch in einer islamisch geprägten Kultur nicht ganz einfach ist. Da diese Verdrängung mißlang, wird der Islam immer mehr zur Durchsetzung der Parteien- und Staatsziele sowie zur Mobilisierung der Massen eingesetzt.

Gemeinsames Ziel der politischen Elite ist es, die Türkei innen- und auch außenpolitisch zu stärken bis hin zur Gründung eines großtürkischen Reiches durch Vereinigung aller Turk-Stämme. Doch diese Völker wollen sich nicht einfach dem türkischen Nationalismus unterwerfen. Die Türkei versucht daher, ihr Ziel über die gemeinsame Herkunft bzw. den "gemeinsamen Stamm", die verwandte Sprache und eben auch über die Religion zu erreichen.

Innenpolitisch wird die Lage vor allem durch die Kurdenfrage immer unsicherer. Die Grundfeste des türkischen Nationalismus nach Atatürks Losung "Alle Einwohner der Türkei sind Türken" wird erschüttert. Man klammert sich an diesen Ausspruch, da man sonst ein Auseinanderbrechen des türkischen Staates befürchtet. Die Religion wird hier eingesetzt, um zu versuchen, die religiösen Kurden gegen weniger religiöse bzw. atheistische sowie christliche Kurden aufzuhetzen.

Diese Politik wird auch unter anderen religiösen Gruppen angewendet. Die Alewiten werden von angeblichen "religiösen Fanatikern" (wie in Sivas 1993) verfolgt und gar getötet, aber der Staat versucht zugleich, den "Versöhner" zu spielen. Unter seiner Kontrolle dürfen alewitische Feste veranstaltet und Vereine gegründet werden. Die Täter von Sivas werden vor Gericht gestellt.

Verbindungen der TAO bestehen auch zur Gemeinschaft der Aufforderung zum Islam durch entsprechende doppelte Mitgliedschaft. Dadurch wird von den Anhängern der türkisch-islamischen Synthese ihre Verbundenheit mit dem Islam ausgedrückt. Diese religiöse "Verbundenheit" hat auch finanzielle Vorteile.

Durch den Bruder von Turgut Özal, der bei den Islamisten als Mitglied der RP aktiv ist, bestehen Verbindungen zu Saudi-Arabien.

So fließen aus verschiedenen Richtungen weitere Hilfen (politische, finanzielle und wirtschaftliche) an die Moscheegemeinden in der BRD, die darüber nicht unerheblichen politischen Einfluß auf die Migrantinnen und Migranten ausüben können.

(Fortsetzung folgt.)

(Text aus: "Graue Wölfe, Islam und türkischer Staat", Köln, September 1994, GINN Verlag; Broschüre dort zum Preis von 5 DM erhältlich)

*) Erläuternde Hinzufügungen seitens der Redaktion.

berichtende Zeitschrift ist), aber die Vielzahl "kleinerer" Berichte, die es früher unter dieser Rubrik gab, ist kaum noch vorhanden. Es muß überlegt werden, in welcher Form dieser Mangel korrigiert werden kann.

Selbstverständlich kann die AntifaZ nicht an allen möglichen Aktionen mit eigenen RedakteurInnen teilnehmen und muß auf Berichte aus anderen Quellen zurückgreifen. Dies halten wir für legitim und werden dies auch in Zukunft praktizieren.

Andererseits wäre es schon toll, wenn sich die Zahl der MitarbeiterInnen verdoppeln oder verdreifachen würde - eine Berichterstattung aus eigener Anschauung ist (in der Regel) doch besser - mal abgesehen von dem "Augenzeugenbericht" über die Bremer "Einheitsfeiern", der zu Recht als bloße Anbiederung an die Autonomen kritisiert wurde. Der Schreiber dieses Berichts hat unsere Redaktion inzwischen (konsequenterweise) verlassen.

Defizite in der Berichterstattung über bestimmte Bereiche antifaschistischer Tätigkeit

Kritisch stellten wir fest, daß (entgegen unseren auf der letzten Redaktionskonferenz gefaßten Beschlüssen) in einigen wichtigen Politikbereichen zu wenig oder qualitativ unzureichend berichtet wird.

Zwar wurde eine Frauenredaktion der AntifaZ eingerichtet, aber die politische Orientierung unserer Zeitschrift läßt bisher kaum den Eindruck zu, daß "frauenspezifische" Themen verstärkt behandelt wurden. Positive Ansätze sind aber erkennbar.

Auch noch (nach wie vor) unterbelichtet sind bei uns Themen wie Solidarität mit Gefangenen, Situation in den Gefängnissen, Bundeswehr und Militarismus, Obdachlosigkeit, Arbeitslosigkeit etc.

Über Gentechnologie, Bioethik, Euthanasie, etc. hatten wir vor längerer Zeit - dank dem Anti Atom Büro Dortmund - eine Reihe qualitativ hochwertiger Analysen veröffentlicht, die Berichte in jüngerer Zeit fielen jedoch eindeutig dahinter zurück. Das war sicher nicht so toll, soll sich aber wieder ändern, wenns klappt, sogar schon ziemlich bald.

Fazit des ersten Tags:

Es gibt Licht und Schatten, doch wir meinen, mehr Licht, zumindest, was den politisch-inhaltlichen Aspekt der Zeitschrift betrifft.

Über den *zweiten Tag* wollen wir (aus unterschiedlichen Gründen) nichts berichten. es würde vermutlich die meisten LeserInnen eher langweilen, über Fragen von Layout, Vertrieb o.ä. zu lesen.

Generell müssen wir jedoch feststellen, daß wir hier erhebliche Probleme haben, deren Lösung ebenfalls erst bei zahlenmäßiger Vergrößerung unseres MitarbeiterInnenstabes möglich ist.

Die Redaktion

RUNDBRIEF 3/4/94

Vergewaltigung ist Folter ♦ Frauenparkplätze an Autobahnen ♦ Sonderbeauftragte der UN für Gewalt an Frauen ♦ Die Frauen von Chiapas sagen: Basta! ♦ Auf dem Weg zur Weltfrauenkonferenz in Peking ♦ Menschen- und Frauenrechte im Sudan ♦ Großbritannien: Kampagne gegen genitale Verstümmelung ♦ Frauenhaus in Ex-Jugoslawien ♦





Kurdische Abgeordnete vor dem Staatssicherheitsgericht in Ankara

«RECHTSSTAATLICHKEIT» A LA REPUBLIK TÜRKEI:

Zwei Staatssicherheitsprozesse

Zwei Urteile des Staatssicherheitsgerichts (DGM) Ankara haben im ausklingenden Jahr 1994 für Schlagzeilen auch in den deutschen Medien gesorgt: das Urteil gegen 6 kurdische Abgeordnete der Großen Nationalversammlung der Türkei (TBMM) und das Urteil gegen 86 Beteiligte an dem Brandanschlag vom 2. Juli 1993 auf ein Hotel in Sivas, bei dem 37 Kulturschaffende ums Leben gekommen sind (vgl. AntifaZ Nr. 48, Gedicht von Zerrin Zaspinar, deren Mann dort verbrannt war).

Urteil gegen kurdische Abgeordnete

Der erste Prozeß, der mit viel Publicity eingeläutet wurde und sich über Monate hinzog, zielte darauf, diese Abgeordneten nach Aberkennung ihrer Immunität durch die konservativ-faschistische und sozialdemokratische Parlamentsmehrheit wegen Hochverrats mit

dem Tode zu bestrafen (eine Minderheit unter den Sozialdemokraten der SHP hatte sich durch Fernbleiben dem Beschluß ihrer Partei entzogen); die Richter sahen jedoch angesichts des Staubes, den dieser Prozeß vor allem in westlichen Medien auslöste, "gnädig" davon ab und erkannten "nur" auf eine Freiheitsstrafe bis zu 15 Jahren, weil sich diese

Abgeordneten durch ihr Eintreten für die Wahrung der Menschenrechte gegenüber dem kurdischen Volk auf Parlamentsebene einer Gefährdung der untrennbaren Einheit des Landes schuldig gemacht und damit dem Separatismus Vorschub geleistet haben sollen.

Nach Verkündung dieses Spruches taten pflichtschuldigst selbst Leute wie der Bundesaußenminister Klaus Kinkel - einer der Hauptschuldigen an der Beteiligung staatlicher deutscher Stellen an dem vom türkischen Regime betriebenen, auf Völkermord hinauslaufenden Verbrechen am kurdischen Volk - öffentlich ihr Mißfallen an diesem Terrorurteil kund, und offiziell wurde der Ende November 1994 aufgehobene Abschiebestopp für kurdische Menschen in die Türkei von Bundesinnenminister Manfred Kanther bis Ende Januar 1995 verlängert. Bayerns Innenminister Beckstein allerdings, dessen "Bericht" über seine Mitte November in Ankara geführten Gespräche den Abschiebestopp-Aufhebungsbeschuß der deutschen Innenministerkonferenz bewirkt hatte, machte durch Abschiebung eines wegen der Auseinandersetzungen zum Newrozfest 1994 in Deutschland noch nicht rechtskräftig verurteilten Kurden (Talip Dogan), bei dem das Verwaltungsgericht Augsburg in seinem Urteil vom Sommer 1994 sogar eine "konkrete Foltergefahr" angenommen hatte, in die Türkei bereits Ende Dezember wieder einen erneuten Vorstoß zur Aufhebung des Abschiebestopps. Seine Gesprächspartner in Ankara wußten, was sie ihm schuldig sind, und spielten mit, indem sie den mit entsprechender Öffentlichkeitsbegleitung Abgeschobenen demonstrativ nicht festnahmen.

Wie jedermann weiß, gibt es auch Zeiten, wo eine solche Person nicht von den Augen einer Fernsehkamera überwacht wird. Und es ist ja auch hinreichend bekannt, daß die heutige Türkei Todesurteile in den Gefängnissen nur noch selten vollstreckt; vielmehr werden die Betroffenen ohne vorheriges Gerichtsurteil auf offener Straße hingerichtet, und für die Verfolgungsbehörden bleiben die Täter unbekannt, auch wenn sie bei der Polizei ein-

und ausgehen. Bei den Erörterungen deutscher Exekutivbehörden allerdings spielt das Wissen darum eine höchst untergeordnete Rolle.

Nicht nur für deren Ohren, sondern vielleicht auch für die Ohren mancher Linker hierzulande mag folgender Gedanke ketzerisch klingen: daß nämlich das Leben der verurteilten Abgeordneten im Gefängnis sicherer sein mag als außerhalb, da die Gefängnisbehörden die Verantwortung dafür nicht vertuschen könnten.

Das im Westen eher wegen der Dauer der Haftstrafe und nicht sosehr wegen des Grundes der Verurteilung offiziell mit Entrüstung zur Kenntnis genommene Strafurteil gegen die kurdischen Abgeordneten stieß in der Türkei selbst auf herbe Kritik wegen zu großer Milde, da man dort lieber die Todesstrafe verkündet gesehen hätte. Diese Kritik kam vor allem aus den Kreisen der Faschisten von der Milliyetçi Hareket Partisi (MHP) unter Alparslan Türkeş sowie vom Generalstaatsanwalt der Türkei. Vorsichtiger äußerten sich dagegen die Klerikalfaschisten von der Refah



Geschäftsstelle Istanbul der Zeitung Özgür Ülke nach dem Bombenanschlag

Partisi (RP) unter Professor Nezmaddin Erbakan; selbstredend war man auch dort für einen Schuldspruch. Die RP, die besonders mit Armenküchen und einer - demagogischen - antiimperialistischen Propaganda die Massen auf ihre Seite zu bringen versucht hatte, ist seit den Kommunalwahlen vom März 1994 auf kommunaler Ebene die stärkste Kraft in der Türkei.

Der Anwalt der angeklagten Abgeordneten hatte in seinem Plädoyer festgestellt, daß es nach den geltenden Gesetzen der Republik Türkei nur die Möglichkeit gebe, entweder die Angeklagten des Hochverrats schuldig zu sprechen und die dafür vorgesehene Todesstrafe zu verhängen oder aber freizusprechen. Vor dieser Konsequenz aber scheute das Gericht zurück.

Urteil zum Massenmord an Kulturschaffenden

Nun, das DGM gab sich den Anstrich der "Unvoreingenommenheit". Es hatte ja auch noch den Massenmord von Sivas zu untersuchen, der vor allem dem auf dem dortigen Kongreß der Kulturschaffenden anwesenden Verleger der türkischen Ausgabe von Salman Rushdies "Satanischen Versen", Aziz Nesin, gegolten hatte. Dieser war damals schwer verletzt mit dem Leben davongekommen, während etliche seiner Kolleginnen und Kollegen von einer durch die Klerikalfaschisten zusammengetrommelten und aufgepeitschten Meute ins Feuer zurückgejagt worden waren - unter den Augen der untätig bleibenden Behörden, die sogar die Feuerwehr daran hinderten, den Brand zu löschen. Auch Faschisten der MHP und Angehörige der türkischen Armee beteiligten sich daran, möglichst wenige entkommen zu lassen.

All das spielte sich allerdings auch unter den Augen einer Fernsehkamera ab, und dieser Film war um die ganze Welt gegangen.

Der Verleger Nesin hatte von dem brennenden Hotel aus den damaligen stellvertretenden Ministerpräsidenten und Innenminister Erdal İnönü (SHP) während einer Sitzung des TBMM angerufen und ihn aufgefordert, die im Hotel Eingeschlossenen und durch den

Feuertod Bedrohten zu schützen; İnönü war jedoch seiner Pflicht nicht nachgekommen. Auch andere Kulturschaffende (z.B. Asim Besirci) hatten noch mit Angehörigen und öffentlichen Stellen telefonieren können, ehe sie in den Flammen umkamen.

Noch während des Kommunalwahlkampfes hatte sich der Erbakan-Klüngel zudem wiederholt öffentlich dieser Tat gebrüstet, und sein Wahlkampf war (nicht zuletzt dank reicher Geldspenden aus seinem Deutschlandableger AMGT) besonders aufwendig und hatte daher weithin Widerhall gefunden. Auch das war natürlich in der westkapitalistischen Öffentlichkeit nicht einfach in der Versenkung verschwunden, da man ja beliebt, das Bild des islamisch-fundamentalistischen Feindes der "abendländischen Kultur" mit grellen Farben zu malen, um den Gedanken an die Bedrohung dadurch hierzulande in die Hirne der Massen zu treiben und das Treiben der hierzulande Herrschenden als Schutz dagegen in Erscheinung treten zu lassen. Und zu diesen Schutzmaßnahmen gehört die Unterstützung der "laizistischen" Republik Türkei. Diese hatte hiermit also die Chance, einen weiteren Imageverlust abzuwenden und ihre "Rechtsstaatlichkeit" unter Beweis zu stellen.

Also mußte der Massenmord von Sivas ein juristisches Nachspiel haben.

Nun, die ersten Ermittlungen des Generalstaatsanwaltes wegen Mordes an den Opfern von Sivas richteten sich gegen das mit dem Leben davongekommene Opfer Nesin. Durch seine Teilnahme an diesem Kongreß habe er den Tod der anderen Beteiligten provoziert. Dieses zynische Konstrukt, mit dessen Hilfe Nesin zum Massenmörder stilisiert werden sollte, brach allerdings Mitte des Jahres 1994 in sich zusammen, als es das Licht der Öffentlichkeit erblickte. Nicht zusammen brach allerdings die Tatsache, daß hier von einem Mord die Rede war. Damit jedoch waren Geister gerufen worden, die das DGM nicht mehr los wurde.

Und so wurden denn in einem eiligst zusammengebrachten öffentlichen Verfahren

summarisch diejenigen verurteilt, die auf den Videofilmaufnahmen klar als Täter auszumachen waren, soweit sie sich in Gewahrsam befanden. Strafen von 3 Jahren Gefängnis aufwärts bis zu 15 Jahren wurden verhängt. Im Durchschnitt war das Strafmaß allerdings weitaus milder als das gegen die kurdischen Abgeordneten.

Jedoch allein die Tatsache, daß hier Strafen verhängt worden waren, löste im Gerichtssaal einen Tumult der Entrüstung aus, die sich auch außerhalb desselben in öffentlichen Ansammlungen Luft machte. Hierbei taten sich vor allem die Klerikalfaschisten der RP hervor, diesmal als Anwälte der Verurteilten.

Die Mühen des "Rechtsstaates" Republik Türkei, hier Ruhe und Ordnung wiederherzustellen, wird sich das türkische Regime durch entsprechendes Entgegenkommen seitens der westlichen Welt honorieren lassen. Und ein erster Erfolg ist schon sichtbar: Davon, daß der ungerechte Krieg gegen das kurdische

Volk in aller Härte fortgesetzt wird - gerade auch in Dersim - ist höchstens noch am Rande die Rede. Journalisten, deren Berichterstattung darüber stören könnte, werden "gebührend" in die Schranken verwiesen: durch die beiden Bombenanschläge auf die Geschäftsstellen der Tageszeitung ÖZGÜR ÜLKE in Istanbul und Ankara ebenso wie durch die Verhaftung weiterer Journalisten dieser sowie anderer Zeitungen.

Es sind auch andere Kriegsschauplätze, die mehr in das Zentrum der Öffentlichkeit gerückt werden: das für die UNO peinliche Gerangel um Bihac in Bosnien und das von Zar Boris befohlene Gemetzel der russischen Soldateska in Tschetschenien.

Nun, der Vergleich der beiden DGM-Prozesse macht einmal mehr sichtbar, was für ein Regime in der Türkei es ist, als dessen Waffenbruder sich dieses Deutschland gebärdet, das über den Tornadoeinstieg in Bosnien so gern wieder mit eigenen Soldaten auf der Welt für Ordnung sorgen will ...



*Demonstration in Sivas aus Protest gegen den Brandanschlag.
Die Demonstrierenden tragen Bilder der Ermordeten.*

(Alle Fotos aus GERÇEK)

«LEITHEFT» - ZENTRALORGAN DER ALTFASCHISTEN

Faschistische Hetze, die seit Jahren ungestraft erscheint

Neben zahllosen faschistischen Publikationen tritt seit Jahrzehnten schon das sog. LEITHEFT in Erscheinung. Der Name ist Programm: Die Herausgeber verstehen sich ganz offensichtlich als "Leitung", als Führer und "Bewahrer". Sie wollen "Orientierung" in "schwerer Zeit" geben. Auffallendstes Merkmal aller "Leithefte" ist neben den altbekannten faschistischen, rassistischen und chauvinistischen Hetzartikeln das ungeheure Pathos, mit welchem die Herausgeber vor allem versuchen, ihre moralische "Hochwertigkeit" herauszustreichen.

Ich will im folgenden Artikel versuchen, dies Pathos, die besondere Sprache der Altfaschisten zu analysieren und Überlegungen anstellen, welche Funktion und Wirkung möglicherweise solcherart "Abgehobenheit" hat. Sie sind ganz offensichtlich nach wie vor "durchdrungen" von ihrer Sendung, sie sind tatsächlich - in ihrem eigenen Verständnis - "göttliche Sendboten" auf Erden.

Vorbemerkung:

Das LEITHEFT erscheint seit Jahren in Marl, als verantwortlicher Schriftleiter zeichnet ein W. Burg.

Das Erscheinen in Marl ist kein Zufall. Es besteht seit Jahren eine besonders enge Zusammenarbeit von Alt- (und Neo-) Faschisten im Städtedreieck Marl/Herten/Recklinghausen.

Recklinghausen ist Ort des Verlags "Der Schlesier", des Zentralorgans der chauvinistischen Vertriebenenverbände. Diese sind seit langer Zeit äußerst aktiv und haben schon heute ganz schöne Brocken "deutscher Ost-



gebiete" zurückerobert (Wie so etwas konkret gemacht wird, wurde an einem schönen Beispiel über den Bau einer "deutschen Siedlung" im ehemaligen "Ost-Preußen" in dem zweiteiligen Fernsehbericht von Klaus Bednarz deutlich). Herten ist seit langem Hochburg alt-

und jungfaschistischer Tätigkeit. Unter der Tarnung einer "Wahrung deutschen Kulturgutes" ist die dortige "Mitteldeutsche Tanz- und Trachtengruppe" Sammelbecken für Altfaschisten, Leiter der Gruppe ist ein (ehemaliger) NPD-Funktionär. Die Gruppe hat es verstanden (bzw. ist

nie durch antifaschistischen Widerstand daran gehindert worden), inzwischen regelmäßig auf dem bekannten "Hertener Folk-Festival" aufzutreten. Bester Kontakt besteht zur "Deutschen Liste", die bei den Kommunalwahlen im vergangenen Jahr immerhin 1 % der Stimmen in Herten erhielt.

Und Marl ist ebenfalls Hochburg (insbesondere verdeckter) faschistischer Tätigkeit. Nicht nur das LEITHEFT erscheint hier. In Marl (wie auch in Herten) erhielten die REPs anfangs reichlich Anhang, bis durch (nachgewiesene) Fälschung von Stützungsunterschriften sowie eine Verurteilung ihres Vorsitzenden Könnemann wegen sexuellen Mißbrauchs seiner Stieftochter die REPs nicht mehr politikfähig waren. Ein großer Teil ihrer (ehemaligen) Funktionäre ist heute für die DL aktiv. Erwähnt werden muß auch, daß seit langem der Schulterschuß zwischen Alt- und Jungfaschisten funktioniert: Die in Marl ebenfalls aktive FAP (die inzwischen wie überall in "autonomen" Kleingruppen arbeitet) hat beste Kontakte zur DL in Herten (deren "Org.-Leiter" Frank Reber ist seit seinen faschistischen Anfängen am Recklinghäuser Freiherr-vom-Stein-Gymnasium immer wieder in Erscheinung getreten; u.a. gründete er einen Verlag und Vertrieb für faschistische Propaganda

materialien) und betreibt z.Z. unter Leitung des Ocr-Erkenschwicker FAP-Funktionärs D. Riefling den Aufbau der "Anti-Antifa" für das nördliche Ruhrgebiet (Gelsenkirchen, Kreis Recklinghausen, Dortmund (zusammen mit dem NO-Funktionär T. Langnickel)).

So viel zum "politischen Umfeld" des LEITHEFT, zumindest in groben Zügen - eine ausführlichere Darstel-



Mahnworte

Denke und handle stets deutsch,
volkstreu und sittenfest.
Sei Feind
jedem Feinde Deines Vaterlandes!
- EXTERNSTEINBUND -

lung folgt in der kommenden Ausgabe.

DAS LEITHEFT

Zuerst einige Bemerkungen zum Inhalt. Die Herausgeber und Autoren dieser Zeitschrift sind Nationalsozialisten "reinsten Wassers". Und daß sie keineswegs platt,

dümmlich oder in hohlen Phrasen argumentieren, soll ein längeres Zitat aus Heft 78 (Januar 1994) deutlich machen (zuerst abgedruckt in: Nation + Europa Nr. 2/94). Unter der Überschrift "1994 - Das Ende der Nachkriegszeit?" schreibt ein "Theo Retiker":

"Mit dem Beitritt der DDR zur BRD ist ein Provisorium dem anderen beigetreten. Wir haben immer noch die BRD, das lebensfähigere Provisorium mit seiner Hauptstadt Bonn, dem Provinznest am Rande des Landes. Mit den Wahlen des Jahres 1994 sollten wir Deutschland wollen und uns nicht länger mit der alten BRD und ihrer Politik abspesen lassen. Die deutsche Hauptstadt ist Berlin, und in Deutschland leben Deutsche gleicher Rechte.

Gegenwärtig ist es genau anders. Was sich in Mitteldeutschland abspielt, ist nichts anderes als die letzte Säuberungs- und Strafaktion der siegreichen deutschen Wirtschaftswehrmacht im von der geschlagenen Roten Armee zur endgültigen Räumung vorgesehenen Territorium. Die Kollaborateure wurden ihrer gerechten Strafe zugeführt. Die Feldküchen von Aldi sichern die Ernährung der ansässigen Geschlagenen. Der Wehrwolf (sic) der SED, die PDS, pirscht

sich aber schon unverbessert wieder an.

So kann man es sehen. Man kann es aber auch anders sehen. Unter den wachsamen Augen der roten Russen haben Deutsche versucht, ein Land aufzubauen und den Menschen ein gutes Leben zu bieten. Es war für die meisten ihre Heimat. Die ganze Sache ging schief, weil im kalten Krieg zwischen West und Ost die DDR von außen und innen permanent geschädigt wurde. Die DDR hat die Reparationen für Deutschland bezahlt, sie wurde jahrelang von der Sowjetunion ausgesogen, sie mußte unter den Bedingungen einer westlichen Embargopolitik wissenschaftlich-technisch das tun, wozu die anderen Ostblockländer nicht in der Lage waren, und hat sich wirtschaftlich verausgabt. (...) Zum Schluß war niemand im Lande mehr bereit, diesen Landesteil DDR noch zu verteidigen. Alle freuten sich auf die Einheit Deutschlands, aber besonders auf die D-Mark. Daß sie nicht Deutschland bekommen würden, sondern die BRD, haben manche befürchtet, die meisten nicht gehnt."

Es dürfte klar sein, daß Sätze wie diese sich bei den "Ossis" anbieten, sich zu Fürsprechern der "Verlierer" erklären, antikapitalistische Kritik aufgreifen ("Strafaktionen der deutschen Wirtschaftswehrmacht") und

geschickt die ehemalige DDR gerade nicht pauschal verteufeln ("Die DDR hat die Reparationen für Deutschland bezahlt"). Die Herausgeber sind sich in diesem Punkt mit den Machern von "Nation+Europa" einig: Die (ehemaligen) SED-Anhänger und die westdeut-



sehen Nazis haben gemeinsame Interessen und sollten sich zusammenschließen: "Nationale Kräfte von ehemals rechts und ehemals links sollten aufeinander zugehen, sich nach ihren alten und neuen Motiven befragen. Gemeinsam ist zu beschließen, was gemeinsam getan werden muß. Es ist möglich, aber man muß wollen und die alten Vorurteile über Bord werfen. In Mitteleuropa ist damit begonnen worden."

Es trifft zu, daß Organisationen wie die DL (Zentrale in Lübbecke) durchaus Erfolge

mit diesem Konzept erzielt haben. Es gibt offensichtlich immer noch Menschen, die auf die angeblich antikapitalistischen Ziele des Faschismus hereinfallen.

Was sie in Wirklichkeit wollen, wird in der Regel (noch) weitgehend verschleiert oder nur in Nebensätzen ("Jetzt ist die politische Einheit der Nation höchstes Gebot") angedeutet. Es kommt aber auch vor, daß offenere Worte gefunden werden. So schreibt ein Reiner Kinsford in LEITHEFT 83/84:

"Das Grundgesetz der BRD, (eine Ersatzverfassung), sollte nach der Präambel-Aussage nur für eine Übergangszeit - das ist der Zeitraum, in dem die Besatzungsmächte das Sagen für sich beanspruchten, nachdem sie am 23. Mai 1945 die amtierende Reichsregierung

durch Verhaftung ausgeschaltet und so das Deutsche Reich handlungsunfähig gemacht hatten - gelten. Nun aber sind wir nach Aussage der Sieger und ihrer bisherigen Inlands-Statthalter wieder *souverän* und das heißt, wir dürfen das nicht untergegangene Deutsche Reich (das sagt selbst das BRD-Verfassungsgericht 1973) wieder handlungsfähig machen. Und das wollen wir auch!" Auch über die Frage, "wie" das geschehen könne, macht sich der Verfasser Gedanken:

"Dazu wäre allerdings notwendig, daß sich die

sogenannten Rechtsparteien einigen und gemeinsam handeln (etwa nach dem Motto: 'Wir erstreiten die Wiederherstellung der Handlungsfähigkeit des Deutschen Reiches!' Und dann darf keine 'rechte Gruppe' ausgeschlossen werden, solange sie sich an die Regeln hält, die dann im Reich auch wieder gelten müssen: Recht, Ordnung, Ehre, Treue! Wer das für einen 'Stolperstein' hält: diese Wahlbeteiligung ist nicht als Verrat am Reich, sondern als aufgezwungene, taktische Notwendigkeit zu sehen."

"Taktisch" ist also die Teilnahme an Wahlen, mithin die "Teilnahme an demokratischen Verfahren", strategisch (wenn "wir" stärker geworden sind) ist die Option "Staatsstreich" klar im Visier, nur zur Zeit aus bestimmten Gründen ("Umerziehung, Zustand der Bundeswehr") nicht machbar. Und noch einmal Klartext:

"Die BRD ist nicht unser Staat, denn sie ist nicht Rechtsnachfolger des Deutschen Reiches. Sie kann es schon deshalb nicht sein, weil dieses Reich fortgesteht. Ihre Übergangs-Realität galt in dem Augenblick nicht mehr, als sie souverän wurde, d.h. imstande war, völkerrechtliche Zustände und damit die Handlungsfähigkeit des Reiches wiederherzustellen."

Nur - und das scheint für die heutigen

Faschisten nur eine Frage der Zeit - die (noch) nicht wieder "gewonnenen" Gebiete des ehemaligen Deutschen Reiches, Ost-Preußen, Pommern, Schlesien, Sudetenland, also Teile Polens, Rußlands oder Tschechiens, müßten natürlich dabei sein, sonst haben wir ja nicht das "Deutsche Reich"!

Soviel (und selbstverständlich ist dies nicht ausreichend) zur politischen Orientierung des LEITHEFT.

Seinen Einfluß verdankt es aber nicht in erster Linie dieser politischen Aussage - die gibt es in zahlreichen faschistischen Publikationen so oder ähnlich auch. Was diese Zeitschrift aus anderen hervorhebt, ist die besondere (und m.E. besonders widerwärtige und verlogene) Art, wie hier versucht wird, die nackten, mörderischen Ziele

des Faschismus mit der Glorie des "Ehrenhaften", moralisch Hochwertigen und "Heldischen" zu versehen. Ein Beispiel für das sprachliche Pathos (und auch die Schwülstigkeit solchen Pathos):

"Vielen Älteren ist das alles klar, doch haben sie sich entweder daran gewöhnt, zu kuscheln, oder sie versprechen sich nichts davon, neue Kontakte aufzunehmen, immer noch befangen in dem Glauben, es sei nur über die (etablierten) Parteien eine Wandlung möglich. Ihr Jungen aber, die ihr eure Familien aufbauen wollt, um den 'Geburtensieg' der gesundensten Volkszellen über ihre Umgebung zu sichern, nutzt eure unverbrauchte Kraft, in kluger Weise gegen den Stachel zu locken. Werft eure Überzeugungen wie Felsbrocken in die Fluten, daß deren Fluß gebremst wird, bis sich die Wasser stauen und alles überschwemmen mit den neuen alten Wahrheiten.

Kein Mensch kann gegen seine Natur etwas leisten, kein Volk seine Eigenart auf Eis legen oder verschütten lassen, ohne im Sklaventum zu enden. Unser Volk muß wieder Tritt fassen, ehe es vereinnahmt wird. Niemand hat das Recht, niemand darf es wagen, uns unter das Maastrichter Joch



A. HARSCH

Blick über das Land / Holzschnitt

zu zwingen. **Ihr seid jetzt gefordert!** Wir können euch nur noch eine Weile helfend unterstützen.

"Burschen heraus! Lasset es schallen von Haus zu Haus! Wenn es gilt für's Vaterland, treu die Klängen dann zur Hand, und heraus mit mutigem Sang, war es auch zum letzten Gang! **Burschen heraus!**" (LEITHEFT 83/84)

Sie legen Wert darauf, sich als Erhalter einer "reinen" deutschen Sprache darzustellen ("Eine klare unverfälschte Sprache ist der Ausdruck eines gesunden nationalen Selbstbewußtseins, sie ist auch ein Beweis für Selbstdisziplin. So würde ein gebildeter Engländer niemals 'o k' statt 'allright' sagen 'o k' und andere sprachfremde Anleihen sind den 'unteren Rängen' vorbehalten!") und selbstverständlich existiert diese Beziehung zu

"Nation" und "Volk" eigentlich nur beim Manne.

"Das höchste Gut des Mannes ist sein Volk. Das höchste Gut des Volkes ist sein Recht. Des Volkes Seele lebt in seiner Sprache. Dem Volk, dem Recht und seiner Sprache treu fand uns der Tag, wird jeder Tag uns finden." Wenn Frauen erwähnt werden, dann allein in der Funktion der "Mutter".

"Muttelhände. Mit der einen Hand macht Mutter Butter. Mit der anderen hält sie die Bibel auf dem Schoß. Mit der anderen flickt sie Vaters Stalljoppe. Mit der andern kocht sie. Mit der andern flicht sie mir die Zöpfe, ehvor ich zur Schule gehe.

'mit der andern, mit der andern', sagt der Lehrer lächelnd. Wir grinsen. "Toblerdirndl im Tobl, er, deine Mutter wird ja wohl kein Tausendfüßler sein. So viel

Hände! Wieviel denn eigentlich?"

'Zwei', sagt das Toblerdirndl unbeirrt, 'für den Vater, sieben Kinder - auch für jedes zwei, macht vierzehn. Küche, Stall und Feld - wieder für jedes zwei, macht sechs. Zwei für arme Leut, macht wieder zwei. Und zwei für den Herrgot, wenn sie beten tut - macht im ganzen sechszwanzig Mutterhände.'

Wir grinsen nicht mehr. Dem Lehrer ist das Lächeln vergangen,

"Toblerdirndl im Tobl", sagt er todernst, 'wenn das so ist, dann wird der liebe Gott auch für deine Mutter einmal zwei Hände haben, zwei volle, gnadenreiche Segenshände. Und du - du hast den besten Aufsatz geliefert. Note Eins mit Stern' "

Ohne Zweifel verfehlen derartige Worte auch heute noch nicht ihre Wirkung auf unkritische Gemüter - wird hier nicht scheinbar ehrlich und aufrichtig ein Lob "der Mütter" dargestellt - und wer wollte sie nicht loben?

Schwulstig und verlogen, das Elend beschönigen und - wie immer - den Dank für nach dem Tode versprechen, ewig die gleiche Methode, immer noch erfolgreich.

Und auch, was die Religion betrifft, hat das LEITHEFT klare Positionen anzubieten. Islam und Christentum sind gleichermaßen abzulehnen, sind Modelle, die Sklaven und Untertanen hervorbringen (was ja auch stimmt), an deren Stelle soll die eigene, völkische, deutsche Religiosität treten.




HJ Museum sucht dringend Führerschmüre und Schulterstücke ab Oberanführer, Ringkrangen Fahnenträger, Führerdolch, Aufstellung der Banna (1944 ? oder sogar noch später?) als Leihgabe oder Kauf. Junkers Hof 29640 Langelsloh.

"Auch das Wahre kann be-
 wußt mit den Örtlichkeiten
 verbunden werden, deren
 Schauplatz etwa Ge-
 schichtsereignisse waren.
 Welch eindrucksvolle Stätten
 liegen z.B. nahe beim Teuto-
 burger Wald, mit den alten
 Heiligtümern (Irminsel), die
 in den Externsteinen (bei
 Horn) verborgen sind und
 vom Christentum nachhaltig
 zerstört wurden! Damals
 schon sollte jeglicher Stolz
 auf unsere fruchtbare Früh-
 geschichte erstickt werden,
 damit die Lüge 'ex oriente
 lux' bei uns Fuß fassen. (...)
 Uns sitzt das deutsche Hemd
 näher als der Heilige Rock,
 Geist oder Stuhl. Es wäre
 darum stilvoll, Abschied zu
 nehmen von überkommenen
 gedankenlosen Redensarten
 wie : ach du lieber Gott!,
 Gott bewahre!, leider Gottes,
 in Gottes Namen, um Gottes
 willen, weiß Gott, aber auch
 Grüß Gott usw."
 Sie lassen bisweilen schon
 merkwürdige "Stil"-Blüten
 treiben, die Bewahrer und
 Retter deutscher Sprache,
 doch dies dient uns eher als
 lustiger Schluß zu einem not-
 wendigen (wenn auch meist
 höchst nervenden) Bereich
 antifaschistischer Arbeit, der
 Untersuchung unterschiedli-
 cher faschistischer Publika-
 tionen. Später mehr.

Stephan W. Born
 (AFB Recklinghausen)

Anzeige

OBLÖMOW



Kurt-Schumacher-Platz 1a, 44787 Bochum Ein-
 gang Hellweg, Tel.: 0234/ 12967

TAGLICH GEOFFNET AB 18.00 UHR

Anzeige

MIT EINER

SOLARANLAGE

SCHEINT IHRE SONNE EIN BISCHEN LÄNGER



SWB
 Sonnen- und Windenergieanlagenbau GmbH
 Handwerksbetrieb in Selbstverwaltung
 Karl Hermann Str. 14
 45701 Herten
 Telefon 0 23 66 / 4 39 65


Heizungsanlagen
 Sanitärinstallationen
 Elektroinstallationen

Solaranlagen
 Regenwassernutzung
 Brennwertkessel

Anzeige

BUCHLADEN

TARANTA BABU



• LITERATUR AUS ALLER WELT • SOZIALPÄDAGOGIK
 • SOZIALWISSENSCHAFTEN • KOMMUNIKATIONS- UND
 SPRACHWISSENSCHAFTEN • MEDIEN • PSYCHOLOGIE •
 • ÖKONOMIE • POLITIK • GESCHICHTE • FRAUEN • MÜTTER • KINDER • VÄTER •
 • MÄNNER • GROSSES ANGEBOT AN ZEITSCHRIFTEN UND PERIODIKA
 Öffnungszeiten: Buchladen 10.00 - 18.30 Sa. 10.00 - 14.00
 Literaturkaffeehaus: 10.00 - 24.00 (Dienstags Ruhetag)
 44137 Dortmund, Humboldtstr. 44, Tel: 0231-14 16 89

Wir bestellen jedes lieferbare Buch

AKTION FLUCHTBURG IM KREIS RECKLINGHAUSEN

Am 15.12. 94 rief die Recklinghäuser Ortsgruppe des Antifaschistischen Bundes zur Gründung einer Initiative "Aktion Fluchtburg Recklinghausen" auf.

Das bisherige Echo ist eher spärlich. Allein Gruppen wie Flüchtlingsrat, Jusos sowie ausländische Freunde zeigten (erstes) Interesse.

In seinem Aufruf schreibt der AFB:
"Seit dem 24. November ist der sechsmonatige **Abschiebestopp** für Flüchtlinge aus Bürgerkriegsländern, für Flüchtlinge aus Ländern, in denen die Menschenrechte nichts gelten, **außer Kraft gesetzt** worden.

Die 'ständige Konferenz der Innenminister und -Senatoren' konnte sich nicht auf eine Fortsetzung des Abschiebestopps einigen - dieser hätte nur einvernehmlich verabschiedet werden können.

Im 'Einvernehmen mit den Bundesländern' bestimmte Bundesinnenminister Kanther, daß abgeschoben wird, wer seine Verfolgung nicht 'individuell unter Beweis stellen' kann. 'Gruppenverfolgungen', so Kanther, existieren für ihn nicht.

Wer Schutz in Deutschland will, muß seine Verfolgung individuell unter Beweis stellen, aus dem Bürgerkriegsflüchtling wird ein chancenloser Asylbewerber, denn, so wollen es die Gerichte, Bürgerkrieg ist kein Asylgrund.

Die Entscheidung, den Abaschiebestopp nicht zu verlängern, ist angesichts des mörderischen Kriegs im ehemaligen Jugoslawien, ist auch angesichts der Völkermord- und Vertreibungspolitik des türkischen Staates gegenüber den KurdInnen ein menschenverachtender Zynismus.

In **Recklinghausen** hat der **Flüchtlingsrat** aufgerufen, die von Abschiebung Bedrohten durch **Kirchenasyl** oder andere Maßnahmen zu schützen. Wir schließen uns diesem Aufruf an und rufen zu einer Initiative 'Aktion Fluchtburg' auf, wie sie erfolgreich in der Schweiz praktiziert wird und auch in einigen Städten in Deutschland initiiert wurde.

Bei dieser Aktion wird versucht, möglichst viele Bürgerinnen und Bürger zu finden, die

bereit sind, Flüchtlinge für eine begrenzte Zeit zu verstecken."

Daß dieser Aufruf nicht auf Anhieb breite Unterstützung fand, ist u.E. nicht allzu verwunderlich. Immerhin wird hier zum zivilen Ungehorsam, konkret zu Aktionen aufgerufen, die u.U. strafbar sind.

Aber, so muß gefragt werden, welche Möglichkeit gibt es denn sonst noch, um von Abschiebung bedrohte Flüchtlinge zu retten?

Es wird kaum möglich sein, allein durch Kirchenasyl eine größere Zahl von Menschenleben zu retten, obwohl die Initiative einzelner Kirchengemeinden, Flüchtlingen Kirchenasyl zu gewähren, ausdrücklich zu begrüßen ist. Sie reicht aber nicht aus und ist in ihrer rechtlichen Grundlage in der Tat genauso "illegal" wie das Verstecken von Flüchtlingen durch Bürgerinnen und Bürger.

Inzwischen hat Bundesinnenminister Kanther - als Reaktion auf die internationale Empörung über die Urteile gegen kurdische Parlamentsangehörige durch das Staatsschutzgericht in Ankara (siehe auch den Artikel in dieser Ausgabe)- den Abschiebestopp gegenüber KurdInnen bis zum 20. Januar 95 verlängert. Diese Entscheidung ist ebenfalls Teil einer zynischen Politik dieser Regierung. Als ob sich bis zum 20. Januar an der Völkermordpolitik in Kurdistan durch den türkischen Staat irgendetwas ändern würde.

Das Kalkül des Innenministers ist wie immer: erst einmal ein wenig Gras über die Sache wachsen lassen. Gleichzeitig vollführt sein bayrischer Amtskollege eine Show für die internationale Presse: Ein kurdischer Asylbewerber wird aus Bayern abgeschoben und unter dienstefriger Beteiligung der Medien auf dem Flughafen von Istanbul

nicht umgehend verhaftet - das soll als Beweis dafür dienen, daß abgeschobene KurdInnen in der Türkei nicht gefährdet sind. Ein durchsichtiges Manöver.

Warum nicht auch der Abschiebestopp ins ehemalige Jugoslawien verlängert wurde, bleibt das Geheimnis dieses Innenministers - vermutlich behauptet er nach den jüngsten "Friedensoffensiven", es gebe dort keinen Krieg mehr (obwohl doch deutsche Tornados dort erst noch Frieden "schaffen" sollen).

Nachhaltig setzt sich auch immer wieder der Recklinghäuser Bundestagsabgeordnete **Erwin Marschewski** für eine rigorose Abschiebepolitik ein, ständig verknüpft er die Abschiebepol mit der "inneren Sicherheit" in Deutschland.

Marschewski, nicht zu Unrecht von der taz als "Schwarzer Sheriff" bezeichnet, ist Vorsitzender des Innenausschusses der CDU und seit langem als rechter Scharfmacher bekannt.

Sein Eintreten für den "Rechtsstaat" verknüpft er meist mit offener Demagogie gegen AusländerInnen, gegen Drogenabhängige, gegen sozial Schwache und gegen kirchliche und andere Gruppen, die sich die Hilfe für Flüchtlinge zum Ziel gesetzt haben. Mir besonders übler Hetze attackierte er kürzlich den Recklinghäuser Flüchtlingsrat: Weil dieser es gewagt hatte, für Kirchenasyl und andere Schutzmaßnahmen für Flüchtlinge einzutreten, diffamierte Marschewski die Mitglieder des Flüchtlingsrates als Leute, die "sich ihr eigenes Gesetz machen" wollen, also auf die "Abschaffung unserer Rechtsordnung" hinarbeiten.

Seine Absicht ist klar: Schwere Geschütze auffahren, um die (bisher noch wenigen) Leute, die bereit sind, Flüchtlingen zu helfen, massiv einzuschüchtern.

Mitte Februar wird der Antifaschistische Bund in Recklinghausen eine **Podiumsdiskussion** zum Thema "**Flüchtlinge - Abschiebungen - Fluchtburgen**" durchführen. Auch Erwin Marschewski soll eingeladen werden (wozu? d.S.), wird aber wohl kaum erscheinen.

AFB-Ortsgruppe Recklinghausen

Theater Kunst

Jonglieren



BALANCE

Artistik

Fahrräder

Bochum 12051/52 Kortumstr. 5

Öffnungszeiten: 10⁰⁰-18⁰⁰
Samstags 10⁰⁰-14⁰⁰ & langer Samstag

Kurdistan-Rundbrief

Das Bulletin der Kurdistan- Solidaritätsbewegung und des Kurdistan-Komitees

erscheint alle 14 Tage
die aktuellste deutschsprachige Publikation

- berichtet
- * aus Kurdistan
 - * über die Solidaritätsbewegung
 - * von den Kurdenkongressen
 - * Dokumente
 - * u.v.a.

mindestens 8 Seiten
26mal im Jahr
Jahresabonnement 52,- DM
Buch- und Infoläden bekommen 30% Rabatt, andere Weiterverkäufer bekommen das Heft für 1,-DM pro Stück

Bestellungen an:
GNN-Verlag
Zölpicher Str.7
Postfach 260226
50674 Köln

Überweisungen an:
BfG Köln,
BLZ 370 101 11, Konto Nr. 11 44 39 36 00
oder an
Postgiroamt Köln,
BLZ 370 100 50, Konto Nr. 104 19-507.

Hiermit abonniere ich Exemplare des Kurdistan-Rundbrief

.....

.....

.....

Ausschneiden u. schicken an:
GNN-Verlag,
Zölpicher Str.7,
50674 Köln

Kurdische Frauendelegation bereiste Deutschland

**«Überall gibt es mittlerweile Naturschutzgesetze,
aber die kurdische Frau ist keinen Grashalm wert»
(Zitat aus einem Vortrag)**

Auf Einladung der Menschenrechtsorganisation für Frauen TERRE DES FEMMES bereisten 2 kurdische Frauen in der Zeit vom 18. Oktober bis 2. Dezember 1994 die Bundesrepublik, um über spezifische Menschenrechtsverletzungen an kurdischen Frauen zu berichten. Die Anreise der Eingeladenen begann sogleich mit einem Eklat: Anstatt daß vier eingeladenen Frauen willkommen geheißen werden konnten, hatte die deutsche Botschaft von drei Frauen die Visa mit der auf Anfrage nachgereichten Begründung verweigert, daß "erhebliche Bedenken bezüglich ihrer Rückkehrwilligkeit" bestehen sowie keine sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse, Grundbesitz etc. "zur Glaubhaftmachung ihrer festen Verwurzelung und Absicht zur Beibehaltung ihres Lebensmittelpunktes in der Türkei vorliegen." Einer kurdischen Mutter, deren Töchter bei der Guerilla waren und dort im Kampf umgekommen waren, wurde von vornherein kein Besuchsvisum ausgestellt, so daß sie mit ihrem Reisegepäck direkt von Istanbul nach Diyarbakir zurückkehren mußte. Die BesucherInnen der Veranstaltungen lernten sie später auf dem Video kennen, das noch kurz vor der Abreise aufgenommen wurde. Mit der zwischenzeitlichen "Behinderung", am 14. Oktober auf dem Istanbul Flughafen festgenommen und ins Foltergefängnis nach Gayretepe gebracht zu werden, wo sie eingehendst mit verbundenen Augen zu den anderen eingeladenen Kurdinnen befragt und beschimpft wurde, konnte letztlich nur Zeynep Baran, die den Posten der 2. Vorsitzenden des Menschenrechtsvereins IHD in Istanbul innehat und auch zuständig für die kurdische und Frauenkommission ist, in die Bundesrepublik einreisen.

Am 20. Oktober fand ihre erste Veranstaltung in München auf Einladung von Gewerkschaftsfrauen der HBV statt. Begleitet wurde Zeynep Baran von der Kurdin Beriwan Altun, die Mitfrau im kurdischen demokratischen Frauenverein UDKD ist und die TERRE DES FEMMES in Deutschland für die Informationsreise gewinnen konnte, bei der sie schwerpunktmäßig über die Aktions- und Widerstandsformen kurdischer Frauen in der Türkei anschaulich berichtete. Das Mammutprogramm der beiden Frauen erstreckte sich über 20 Städte der BRD - von München über Köln und das Ruhrgebiet bis weit in den Norden über Münster und Stadthagen nach Hamburg und Lübeck und dann wieder zurück ins Ruhrgebiet, begleitet von einem doppelten Pensum mit Gesprächen bei Presse und VertreterInnen von kirchlichen Institutionen, Parteien, StudentInnenschaften, Frauen- und Lesbenverbänden.

Das Interesse an den Veranstaltungen war bei den Frauen deutscher Herkunft wie kurdischer und türkischer Migrantinnen sehr hoch: Insbesondere in den Metropolen Hamburg und Berlin waren die Veranstalterinnen dem Anstrom der Besucherinnen kaum gewachsen. Die Veranstaltungen in den verschiedenen Städten und Gemeinden machten auch deutlich, wie je unterschiedlich an das Thema "Gewalt und Menschenrechtsverletzungen an kurdischen Frauen" herangegangen und diskutiert wird. Eines wurde in den Vorträgen von Zeynep Baran und Beriwan Altun sehr deutlich: Die an kurdischen

Frauen begangenen Menschen- und spezifischen Frauenrechtsverletzungen sind noch ein unbekanntes Terrain für in Deutschland lebende Frauen, und Zeynep Baran konnte auch benennen, warum die von türkischen Armee- und Sicherheitskräften zahlreich begangenen Vergewaltigungen ungleich weniger als die an bosnischen Frauen begangenen Verbrechen zur Kenntnis genommen werden: gesellschaftlicher Druck, Schuld- und Schamgefühle sowie das Desinteresse der Presse und Medien verhindern, daß Kampagnen entstehen ähnlich der gegen die Massaker an bosnischen Frauen. Kurdische vergewaltigte Frauen besitzen Namen und Gesicht: Sükran Aydin aus Mardin, Songül Polat aus Istanbul, Mahbule Erol aus Urfa oder Cemile Çanik aus Bitlis, der zur Unkenntlichmachung des Verbrechens noch der Kopf abgeschnitten wurde. Getötete kurdische Guerillafrauen werden nackt im öffentlichen türkischen Fernsehen ausgestellt, tote Guerillafrauen wurden selbst als Tote vergewaltigt.

Die Lage kurdischer Frauen in den Metropolen der Türkei unterscheidet sich von der in den kurdischen Provinzen, stellt aber keine Verbesserung dar: Assimilationsdruck gemäß der türkisch-islamischen Synthese, die medizinische Versorgung ist katastrophal und unbezahlbar, aus wirtschaftlicher Not heraus prostituieren sich kurdische Frauen, und den Kindern wird eine adäquate Schulbildung verweigert. Nicht jede Frau wählt den Weg des Widerstandes wie Zekiye Alkan oder Hassen Demirel, die sich Anfang der 90er Jahre in Diyarbakir und Izmir aus Protest selbst verbrannten. Nicht jede Frau konnte den unsicheren Schritt zur Flucht wagen, die eher in die Flüchtlingscamps nach Südkurdistan im Irak zurück oder in die Ghettos in den Westmetropolen als in die Bundesrepublik führte. "Die Unterdrückung der kurdischen Frauen ist nicht allein eine ethnische Diskriminierung, sondern eine sexistische wie im gesamten asiatischen Raum, wo Frauen als Lebewesen 2. Klasse betrachtet werden", führte Beriwan Altun aus.

Insbesondere an die Frauen in Europa erhoben die kurdischen Delegationsfrauen zahlreiche Forderungen: Sie wünschen ständigen Austausch und Kontakt, wünschen Einladungen als kurdische Frauen und zu kurdischen Frauenthemen, suchen Zeichen der Verbindung und Solidarität, Besucherinnendelegationen sowie die finanzielle Unterstützung für den Aufbau eines kurdischen Frauenzentrums auf Stiftungsebene in Istanbul.

Über die Geschichte und Arbeit des UDKD besitzt TERRE DES FEMMES eine Broschüre, die gegen 5 DM in Briefmarken von der Türkei-Koordination angefordert werden kann. Spenden für das kurdische Frauenzentrum können unter Angabe des Verwendungszweckes auf das Konto von TERRE DES FEMMES in Bochum bei der Sparkasse Bochum, Nr. 33400979, BIZ 43050001, überwiesen werden, bei Überweisung auf das Konto der Geschäftsstelle in Tübingen wird eine Spendenquittung ausgestellt.

LESERBRIEF zu den Bremer Einheitsfeiern:

An die AntifaZ-Redaktion

Zu Eurem Artikel "Ein Tag in Bremen. Ein Augenzugbericht von den Bremer Einheitsfeiern am 3.10."

Es ist ja ein schönes Wortspiel, was Ihr da in der Überschrift gemacht habt, aber als kritischem Leser wird mir ja wohl die Frage erlaubt sein, wer hier eigentlich wem eingezinkt hat. Der Augenzugbericht gibt das Chaos recht gut wieder, das sich dort gezeigt hat - von seiten derjenigen, die diese "Einheitsfeiern" organisiert haben. Sie waren offenbar auf die Gegenmaßnahmen von Polizei und Bundesgrenzschutz überhaupt nicht angemessen vorbereitet, wobei - was Ihr nicht berichtet habt - auch die Bundeswehr mit ihren Materialien bemüht worden war. Und ich glaube einfach nicht, daß dieser Demonstrationzug mit der Polizei Katze und Maus gespielt haben soll. Es war wohl eher umgekehrt. Und so hat sich dann der Frust der TeilnehmerInnen im Zertrümmern von Autos und Scheiben ausgetobt. Viele von ihnen sind mal wieder erkrankungsdienstlich behandelt worden und dürfen nun auf ihren Prozeß warten, wo ihnen saftige Geldstrafen winken.

Ob sie sich da einer Schuld bewußt sind oder nicht, was kümmert das die Richter? Mitgegangen, mitgefangen, mitgehangen, heißt die Devise. Und die meisten Bürger, die davon etwas im Fernsehen oder in der Zeitung erfahren haben, werden nur mit dem Kopf geschüttelt haben über die "Chaoten", die immer nur alles Mögliche kaputt machen können, sonst aber nichts zuwege bringen. Und wenn dann die Leute verknackt werden, so finden sie das völlig in Ordnung.

War das etwa der Sinn der Sache? Will man immer nur ein kleines Fähnlein der sieben Aufrechten bleiben, oder will man endlich einmal anfangen, Politik zu machen? Dieser ganze Augenzugbericht von Euch ist ja eine einzige Anbiederung an die Autonomen, die Ihr doch, wie ich finde, in der Vergangenheit zu Recht so kritisiert habt.

Von Eurer Seite als einer ansonsten doch recht kritischen Zeitschrift hätte ich hier mehr an Durchblick und politischer Bewertung erwartet, als Ihr da geboten habt. Da war ja selbst die gute alte Tante "taz" noch besser. Ich jedenfalls fand das Ganze ein höchst blamables Trauerspiel und meine, man sollte sich Aktionen schenken, bei denen so viele Leute bloß verletzt werden, damit sich ein paar Gernegroße auf die Schultern klopfen können, die mit ihrer Wirrköpfigkeit den Kohl und Konsorten mal wieder so tapfer in die Hände gearbeitet haben.

Ich kann mir vorstellen, daß von solch einem blinden Aktionismus die Betroffenen nach einiger Zeit die Schnauze voll haben und dann mit alledem überhaupt nichts mehr zu tun haben wollen. Null Bock, sozusagen. Was hat das eigentlich noch mit Antifaschismus zu tun? Das arbeitet doch den Faschisten nur zu.

NRS

KOMMENTAR zum Essener Kessel:

Es gab keinen Kessel, denn ein Kessel kann kein Wasserchen trüben

Der Polizeipräsident Michael Dybowski in Essen verschickt derzeit Drohbriefe gemäß dem Inhalt, was nicht wahr sein darf ist auch nicht wahr. So geschahen an die Frauen-Menschenrechtsorganisation TERRE DES FEMMES, die nach dem brutalen Einsatz gegen DemonstrantInnen des Essener Gipfels am 10.12.94 einen Protestbrief an das Innenministerium NRWs und das Polizeipräsidium Essen schickte. Dort hatte sie die Vorgehensweise der Verhaftungen und Abführungsmethoden der sehr jungen Demonstrierenden "in gebückter Stellung wie Tiere" kritisiert. Dybowski schrieb zurück: "**Sie kennen entsprechende Berichte nur vom Hörensagen und können sie nicht überprüft haben.**" Im selben Zusammenhang verwies er "vorsorglich" auf den § 186 StGB, der den Tatbestand der "üblen Nachrede" erfüllt.

Aber nicht nur der Beobachterin von TERRE DES FEMMES müssen an diesem regnerischen Samstagvormittag die Regentropfen die Sicht auf die realen Verhältnisse verzerrt haben, sondern auch den statistischen Auswertern der Polizeicomputer und Tage später noch den WAZ-Kommentatoren, die den Bericht auszugsweise wiedergaben. So hieß es am 13.12.94 in der WAZ, die Polizei wehre sich gegen den Vorwurf, daß Kinder und Senioren in Gewahrsam genommen wurden. Dabei war der jüngste Festgenommene doch erst 14 Jahre alt, der älteste gerade 56. Einen "Essener Kessel" werde es nicht geben, posaunte der ranghöchste Polizeichef Günter Stach vor seinem Einsatz bei der größten Massenverhaftungsaktion in der Nachkriegsgeschichte. Was zumindest noch vor dem Einsetzen des langsamen Nieselregens so aussah, deutete er am 12.12. mit "Einschließung" und "Festnahme von rund 900 Menschen." Müssen wir nun vor jeder grünen Reality-Show erst einmal gründlich die vorformulierten Presseberichte der Public-Relation-Abteilung der Polizei auswendig lernen und besser den dicken roten Pappermann oder Schönfelder-Sartorius ins Kamratäschchen pressen und dabei fürsorglich immer den §186 StGB präsent haben, beyor wir uns ins nächste Getümmel stürzen und alles Auswendigkeitgelernte während des leichten Schlags auf den Hinterkopf, der bekanntlich ja das Denkvermögen erhöhen soll, wieder vergessen?

TAS

Attatroll Buchladen

45657 Recklinghausen Herner Str. 16
☎ **02361 / 17002**

**"Jetzt sind freilich aufgeklärter
Diese Menschen, und sie töten
Nicht einander mehr aus Eifer
Für die himmlischen Interessen. -**

**Partner der
Büchergilde**

**Partner der
Büchergilde**

**"Nein, nicht mehr der fromme Wahn,
Nicht die Schwärmerei, nicht Tollheit,
Sondern Eigennutz und Selbstsucht
Treibe sie jetzt zu Mord und Totschlag.
Heinrich Heine "Atta Troll"**

Öffnungszeiten: Mo-Fr 9.00-18:30 & Sa 9.00-14.00

*Ein Deutscher schreit: Ich bin stolz, ein Deutscher zu sein
 Und der andere: Ich schäme mich, ein Deutscher zu sein.
 Ein Asylant sagt: Sei stolz ohne Gewalt und Haß.
 Und ein Fremder: Schäme Dich nicht als Deutscher, schütze mich!*

INTERKULTURELL

Meine Hoffnungen, Deine Hoffnungen.
 Du bist ein Stück meines Volkes, ich bin ein Stück Deines Volkes.
 Deine Kultur ist blau, meine trägt die Farbe der Liebe.
 Du bist ein Stück ich, ich bin ein Stück Du.
 Eine Schönheit der Vielfältigkeit.

Ich bin dort geboren und Du hier.
 Ich bin gekommen, und Du warst hier.
 Ich fürchte um mein Leben und Du um Deinen Wohlstand.
 Teile mit mir, was Du von mir genommen hast.

Mein Land ist Dein Land, Dein Land ist auch mein Land.
 Meine Mutter ist schwarz, Dein Vater ist weiß.
 Und unsere Kinder, weiße und schwarze,
 Alle Kinder der Welt die Früchte der Mutter Erde.

Er verbindet die Augen und sieht nichts.
 Sie verstopft die Ohren und hört nichts.
 Du kettest Deinen Mund zu und sagst nichts.
 Und der Haß vermehrt sich
 Durch ein Stück Blindheit, ein Stück Taubheit, ein Stück Stummheit.

Die Erde umarmt alles: Rotes, Gelbes, Schwarzes, Weißes.
 Das Meer trägt Fische: grüne, gelbe, rote, weiße.
 Der Wald beschützt die Tiere: schwarze, rote, gelbe, grüne.
 Das Land umarmt die Menschen: nur weiße ...?

Mein Leben, Dein Leben, sein Leben,
 die Erde, die Luft, das Wasser
 gehören uns allen gemeinsam.
 Und das Gift des Rassismus gegen die Erde, die Luft, das Wasser.

In einem Garten blühen Blumen: nur schwarze Blumen.
 In einem Meer schwimmen Fische: nur gelbe Fische.
 In einem Wald rennen Hasen: nur weiße Hasen.
 In einem freien Land wachsen Kinder: schwarze, gelbe und weiße Kinder.

Die Welt der Sterne war bunt.
 Einer war gelb, einer war rot und einer schwarz.
 Der gelbe wurde getötet, der schwarze gefärbt
 und der rote vertrieben.
 Und der weiße?

Ich hatte drei Augen: Das schwarze gab das Licht,
 das braune die Hoffnung, das blonde die Schönheit.
 Der Haß tötete das Licht, die Angst erstickte die Hoffnung.
 Und das blonde - ohne Licht, ohne Hoffnung ...
 Was für eine Schönheit ...

Sie singen. Noch ein Angriff:
 Die Scheiben zersplittert, die Türen eingeschlagen,
 Menschen verbrennen, mit bitteren Schreien.
 Laut genug, sie zu hören, aber das lautere, gemeine Lied:
 Deutschland, Deutschland: über alles.

Ein freies Land, sagen sie, und ich fliehe zur Freiheit,
 von weit her aus Kurdistan*, mit Haß auf Folterzellen.
 In mir ist unbesiegbar die Hoffnung auf Freiheit.
 Und "raus!" schreien sie, die Feinde der Hoffnungen,
 Menschen eines freien Landes.

Der Garten, ein Blumengarten, weiße, gelbe, rote und schwarze,
 ja, mit schwarzen Rosen gemeinsam, ohne Grenzen.
 Sie teilen: die Sonne, die Erde, das Wasser.
 Ein freier Garten.

Nazif Telek

(zum Andenken an durch Rassenhaß getötete Kinder, Frauen und Männer)

Nazif Telek wurde 1957 in Bitlis (Nordkurdistan) geboren und floh nach Errichtung der Militärdiktatur in der Türkei 1980 nach Deutschland. Freunde von ihm waren zuvor getötet worden, weil sie sich zusammen mit ihm in einem Verein für ein freies Kurdistan eingesetzt hatten. Er bekam in Deutschland Asyl, besitzt seit 1991 einen deutschen Paß und hat im Jahr darauf geheiratet. Seine Frau, Fergul, 26 Jahre alt, ist Türkin. Das Ehepaar wohnt heute in Hilden. Nazif Telek sagt in einem Gedicht, das auf ihn selbst gemünzt sein kann: "Ich bin ein Baum

mit kurdischen Wurzeln, türkischem Stamm, deutschen Ästen." Mehrere Bücher von ihm sind bisher erschienen, überwiegend zweisprachig: "Newroz für uns alle - hepimiz için" (deutsch und türkisch), "Rojda und die Bienen - Rojda u Meshingiv" (deutsch und kurdisch) (beide vom Verlag Neuer Weg, Essen, herausgegeben), "Die Stärke der Löwin - Heza Sepal" (deutsch und kurdisch) (vom Zeitungsverlag RM, Bad Homburg, herausgegeben). Nur auf deutsch erschien "Von Kurdistan nach Deutschland. Muhamed erzählt, warum seine Familie

hier Asyl sucht" (Verlag Neuer Weg). In seinen Büchern ist der Autor um eine klare und auch Kindern verstehbare Sprache bemüht. Nazif Telek ist gern bereit, seine Erfahrungen und Aussagen in Vorträgen und bei Lesungen aus seinen Werken - vor allen Altersgruppen - zu vermitteln. Einige Sendungen über ihn und mit ihm sind auch auf Tonbandkassetten erhältlich. Der AFB wird sich darum bemühen, den Autor im Laufe dieses Jahres auch zu einer Veranstaltung ins CAFE RE einzuladen.

*) Kurdistan steht hier für Somalia, Rwanda, Tschetschenien, Bosnien und jedes andere Land, in dem die Freiheit und das Menschenrecht mit Füßen getreten wird. Auch Deutschland kann dazu gehören, wenn wir nichts dagegen tun.

CAFE RE *

Am 18. November 94 hat im Recklinghäuser ANTIFA-ZENTRUM das ANTIFA-CAFE wieder eröffnet. Seitdem fanden 14tägig Veranstaltungen des neuen "CAFE RE" statt, die sich in der ersten Phase ganz mit der Lage in Kurdistan beschäftigten. Es wurden u.a. die Filme "Leyla Zana", "Özgür Gündem" und am 13.1.95 der Spielfilm "Ein Lied für Beko" gezeigt.

* Im CAFE RE treffen sich Leute, die sich entweder für bestimmte Fragen des antifaschistischen Kampfes interessieren, Informationen austauschen wollen, sich mal in Ruhe "ausquatschen" wollen (das Cafe ist von 17.30 Uhr bis 22.00 Uhr geöffnet).

Über die Zielsetzung eines solchen "Antifa-Cafes" hatte es im Vorfeld in Recklinghausen "heiße" Debatten gegeben. Einige Leute wollten das Cafe (zumindest für die kommende Zeit) möglichst "unpolitisch" durchführen - also kein "Programm" anbieten. Sie befürchteten, daß "die meisten Jugendlichen kein Interesse an Politik" haben und deshalb nicht zu Themen wie "Kurdistan" zu bewegen sind. Mag ja stimmen.

Aber als Alternative einen Ort "nur zum Rumhängen" anzubieten, schien wieder anderen Leuten nicht sinnvoll.

Wie waren nun die ersten Erfahrungen? Zur Eröffnung kamen 3 Mitglieder eines deutsch-kurdischen Freundschaftsvereins, zu einem der ersten beiden Filme eine Gruppe von 8 bis 10 türkischen und kurdischen Leuten; sonst ist leider niemand erschienen (der Besuch zum Film "Ein Lied für Beko" kann noch nicht ausgewertet werden).

Aber: Wir freuen uns trotzdem, es wurden interessante und sachlich intensive Gespräche geführt, engere Kontakte hergestellt und eine Zusammenarbeit für die Zukunft vereinbart.

Ab dem **27. Januar** soll als zweiter Schwerpunkt das Thema "**Flüchtlinge**" im CAFE RE vorgestellt werden. Den Auftakt macht ein Diavortrag eines AFB-Mitglieds aus einem Flüchtlingslager in Kroatien. Auf den folgenden Treffen sollen weitere Aspekte des Themas angeboten werden.

Selbstverständlich finden alle Veranstaltungen des CAFE RE in lockerer Atmosphäre statt, es gibt Tee und Kaffee, selbstgebackenen Kuchen und Gebäck. Allerdings: wer unbedingt Bier trinken will, muß sich das von draußen mitbringen.

Die nächsten Termine (vormerken!) :

27. Januar, 10. Februar, 24. Februar (jeweils 17.30 - 22.00 Uhr)

**Ort: ANTIFA-ZENTRUM, HERNER STRASSE 43
45 657 RECKLINGHAUSEN (TEL:0 23 61/2 16 86)**

Interessierte mögen zu den Themen auf die an verschiedenen Stellen ausgehängten und von Zeit zu Zeit aktualisierten Plakate des CAFE RE achten.